



© Thomas Berg - Fotolia.com

Der Arbeitsmarkt in der Krise

„Die Wirtschaftskrise schlägt auf den europäischen Arbeitsmarkt durch und macht den größten Teil des seit 2000 erreichten Beschäftigungszuwachses wieder zunichte“, heißt es in der Einleitung zum Bericht „Beschäftigung in Europa“ der Europäischen Kommission vom November 2009.

Sieben Millionen Arbeitsplätze gehen verloren. Auch wenn die europäischen Arbeitsmärkte „dynamischer“ seien, als oft angenommen wird – im Durchschnitt wechseln jedes Jahr 22% der europäischen ArbeitnehmerInnen den Arbeitsplatz – so bleiben doch EU-weit nahezu 45% der Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung (und fallen damit in die Kategorie der Langzeit-

beschäftigungslosen). Und: „Obwohl sich die Arbeitsmärkte als ziemlich robust erwiesen haben, ist doch zu erwarten, dass in Europa in den Jahren 2009-2010 mehr als sieben Millionen Arbeitsplätze verloren gehen und die Arbeitslosenquote bis 2010 auf über 10% ansteigt.“ Die Bedingungen auf den Arbeitsmärkten werden sich noch eine Zeitlang weiter verschlechtern, wenn sich die Wirtschaft bereits wieder erholt.

Angst vor der ‚Verfestigung‘ von Arbeitslosigkeit. Die Krise bedeute einen „bedeutenden Rückschlag für die Erreichung der Zielvorgaben von Lissabon 2010“, was die Gesamtbeschäftigungsquote und vor allem die Beschäftigungsquoten für Frauen und ältere ArbeitnehmerIn-

nen betrifft. Die EU-Kommission identifiziert auch jene Gruppen, die besonders hart von der steigenden Arbeitslosigkeit betroffen sind – ArbeitnehmerInnen mit befristeten oder Zeitarbeitsverträgen und vor allem Jugendliche. Besondere Sorgen bereitet die Tatsache, dass die Beschäftigungsfähigkeit tendenziell abnimmt, je länger eine Person arbeitslos ist, „somit kann ein Anstieg der Dauer der Arbeitslosigkeit infolge eines Wirtschaftsabschwungs zu einem dauerhaften Phänomen und ein zyklisches Problem zu einem strukturellen werden“, befürchten die EU-Experten.

Lesen Sie weiter auf Seite 2

Gespräche mit, Kommentare von, Interviews mit ... Gabriele Oberhumer, Otmar Pfeifer, Karl-Heinz Snobe, Elke Edlinger, Brigitte Schwarz, Claudia Kürzl, Christof Lösch, Michael Wrentschur, Elisabeth Grossmann, Renate Frank, Dieter Sponer, Siegfried Schrittwieser, Franz Ferner, Diethard Schliber, Franz Voves u.v.a.m.



AMS-Chef Karl Heinz Snobe: „Die Arbeitsmarkt-Prognosen sind teilweise zu pessimistisch“ (S. 8)

Eine Muttertagsveranstaltung?

Enquete mit Vortrag, Kurzfilm und Podiumsdiskussion

Frauenhandel und Zwangsprostitution in Österreich

7. Mai 2010

18 bis 21 Uhr

Medienzentrum Steiermark, Graz, Hofgasse 16/EG



mit Concordia-Publikationspreisträgerin Mary Kreutzer

und



Menschenrechtspreisträgerin Joana Adesowa Reiterer

Eine Veranstaltung des Katholischen Bildungswerks in Kooperation mit europe direct/Netzwerk Steiermark, FA 1E Land Steiermark, LEFO – BF, Amt der Steiermärkischen Landesregierung, FA 6A-Diversitätsmanagement, Landeskriminalamt Steiermark, EB 10, Integrationsreferat der Stadt Graz, Frauenbeauftragte der Stadt Graz, Grüne Akademie – Grüne Bildungswerkstatt Steiermark, Evangelisches Bildungswerk Steiermark, Bildungshaus Mariazell, Katholische Frauenbewegung Kärnten und Katholische Frauenbewegung Steiermark, Caritasverband Kärnten und Caritas Graz-Seckau, caritas akademie, Alton-Anstaltisches Institut und Wellhaus Diözese Graz-Seckau



LH-Stv. **Siegfried Schrittwieser:** „Arbeitsmarkt-Projekte haben absolute Priorität“ (S. 3)



Diethard Schliber, Bundessozialamt: Gesünder am Arbeitsplatz durch Prävention (S. 6)



Neustart in den Arbeitsmarkt mit den steirischen Produktionsschulen (S. 11)



Kein Kies zum Kurven Kratzen – soziales Theater mit politischem Erfolg! (S. 12)

Mittellos. Obdachlos. Mutlos.
Die neue Armut im reichen Land

Podiumsdiskussion der siebenten Fakultät der Uni Graz mit:

Franz Küberl (Caritas-Präsident), **Michaela Moser** (Vertreterin der Armutskonferenz), **Heidemarie Schwermer** (Autorin „Das Sterntalerexperiment: Mein Leben ohne Geld“) und **Manfred Prisching** (Professor für Soziologie / Uni Graz)

Moderation: Sigrid Maurer (ORF)

Mittwoch, 19. Mai 2010, 19 Uhr
Aula der Karl-Franzens-Universität Graz

Fast eine Million Menschen ist in Österreich armutsgefährdet. Die Wirtschaftskrise hat das Elend noch weiter verschärft. Von Kindern über Berufstätige bis hin zu PensionistInnen – die Not durchdringt alle Bevölkerungsgruppen in Österreich. Kann die kürzlich beschlossene Mindestsicherung die Schere zwischen arm und reich verringern? Ist unsere Konsumgesellschaft schuld daran? Im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung diskutiert eine hochkarätig besetzte Runde die drohende Entwicklung, Gefahren für die Gesellschaft sowie mögliche Lösungsansätze.

Der Eintritt ist frei.
Anmeldung: sieben@uni-graz.at oder 0316/380-1007
www.uni-graz.at/sieben



Land / Monat	03 2009	04 2009	05 2009	06 2009	07 2009	08 2009	09 2009	10 2009	11 2009	12 2009	01 2010	02 2010
Eurozone	9,1	9,2	9,3	9,4	9,6	9,6	9,8	9,8	9,9	9,9	9,9	10
Europäische Union (27 Länder)	8,5	8,7	8,8	8,9	9,1	9,2	9,3	9,4	9,4	9,4	9,5	9,6
Belgien	7,8	7,8	7,7	7,8	8	8,1	8,1	8,1	8,2	8,2	8	8
Bulgarien	6,3	6,3	6,4	6,5	6,7	6,9	7,3	7,7	8,1	8,3	8,5	8,7
Tschechische Republik	5,9	6,2	6,4	6,7	7,1	7,3	7,4	7,4	7,4	7,5	7,7	7,9
Dänemark	5,3	5,8	6	6,2	6,1	6,1	6,5	6,9	7,2	7,3	7,4	7,5
Deutschland	7,4	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
Estland	11,1	13,5	13,5	13,5	15,2	15,2	15,2	15,5	15,5	15,5	:	:
Irland	10,9	11,4	11,9	12,1	12,2	12,4	12,9	13	13,1	13	13,2	13,2
Griechenland	8,8	9,2	9,2	9,2	9,8	9,8	9,8	10,2	10,2	10,2	:	:
Spanien	17,3	17,7	17,9	18,1	18,4	18,7	19	19	19	18,9	18,9	19
Frankreich	9,1	9,3	9,4	9,5	9,6	9,7	9,8	9,9	10	10	10	10,1
Italien	7,6	7,5	7,4	7,6	7,7	7,7	8	8,1	8,1	8,4	8,5	8,5
Zypern	4,6	5,1	5,2	5,3	5,4	5,7	5,9	6	6,2	6,2	6,2	6,3
Lettland	14,2	15,4	16,4	17,2	18	18,8	19,7	20	20,3	20,5	21	21,7
Litauen	11,1	13,6	13,6	13,6	14,4	14,4	14,4	15,8	15,8	15,8	:	:
Luxemburg (Grand-Duché)	5,4	5,3	5,3	5,4	5,3	5,4	5,4	5,5	5,5	5,6	5,5	5,5
Ungarn	9,6	9,6	9,7	9,9	10,2	10,5	10,6	10,6	10,6	10,6	11	11
Malta	6,7	6,9	7	7,1	7,2	7,1	7,1	6,9	7	7,1	7	7,1
Niederlande	3,1	3,2	3,3	3,4	3,6	3,7	3,7	3,8	3,8	3,9	3,9	4
Österreich	4,5	4,7	4,8	5	5	5,1	5,1	5	4,9	4,8	4,9	5
Polen	7,9	8	8	8,1	8,3	8,4	8,5	8,6	8,7	8,7	8,9	9
Portugal	9	9,2	9,5	9,8	10,1	10,2	10,2	10,1	10,1	10,1	10,3	10,3
Rumänien	6,2	6,4	6,4	6,4	7,2	7,2	7,2	7,6	7,6	7,6	:	:
Slowenien	5,3	5,6	5,8	6,2	6,4	6,4	6,4	6,5	6,4	6,3	6,2	6,1
Slowakei	10,6	10,9	11,2	11,6	12,1	12,6	13,3	13,8	14,2	14,2	14,2	14,2
Finnland	7,7	8	8,2	8,4	8,5	8,6	8,6	8,7	8,8	8,9	8,9	9
Schweden	7,8	8	8,6	8,3	8,4	8,7	8,7	8,8	8,7	9	9,1	9
Vereinigtes Königreich	7,2	7,5	7,7	7,9	7,8	7,8	7,8	7,8	7,7	7,7	:	:

Entwicklung der Arbeitslosenraten in der EU, Quelle: EUSTAT (30.03.1010). EU-Berechnungsmethode. Österreich steht hier im Vergleich – wohl auch wegen der Vielzahl getroffener Maßnahmen von Kurzarbeit über Schulungen bis zu Beschäftigungsprojekten – sehr gut da.

→ **Strukturwandel soll Green Jobs bringen.** Zur treibenden Kraft am Arbeitsmarkt könnte, so hofft die Union, der „Übergang zu einer wettbewerbsfähigen, wissensbasierten Wirtschaft der Zukunft mit geringem CO₂-Ausstoß werden.“ Dieser Übergang soll einen Strukturwandel mit sich bringen,

mit einem, wenn auch begrenzten, „leicht positiven Wachstum“ am Arbeitsmarkt. Klar ist auch, dass nicht alle Sektoren gleichermaßen von dieser Umstellung profitieren würden – „zumindest anfangs“ würde sie „die Beschäftigung hoch qualifizierter Arbeitskräfte begünstigen“. Ein Trend,

der noch stärker zu einem gespaltenen Arbeitsmarkt führen könnte, mit schlecht qualifizierten, schlecht entlohnnten, zum Teil prekären Arbeitskräften auf der einen Seite, die stets ein Abgleiten in Arbeitslosigkeit befürchten müssen, und gut qualifizierten und entlohnnten Arbeitnehme-

rInnen, die weiterhin in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt sind.

Mittel für den Fossil-Sektor sind jetzt endgültig fehl am Platz. Die zahllosen Unwägbarkeiten dieses Prozesses schlagen sich in der nahezu durchgehenden Verwendung des Konjunktivs im zitierten EU-Dokument nieder, die häufigsten Formulierungen lauten „dürften“, „sollten“ und „könnten“. Denn wie viele Arbeitsplätze in den alten, fossilen Sektoren vernichtet werden, ist ebenso schwer vorzusehen wie der Arbeitskräftebedarf neuer Branchen, von welchen die EU hofft, dass sie zumindest zu Beginn arbeitsintensiver sein werden, weil Rationalisierungsmaßnahmen erst mit der Weiterentwicklung der entsprechenden Technologien Platz greifen. Dieser Strukturwandel hat im Übrigen nicht nur mit der aktuellen Krise zu tun, sondern auch mit Peak Oil und steigenden Ölpreisen: Die Automotive-Branche ist auch in Österreich diejenige, die sich seit Beginn des Einbruchs kaum erholt hat. Das sollte all jenen zu denken geben, die weiterhin in großem Stil öffentliche Gelder in diese zum Untergang verurteilten Sektoren pumpen wollen, die schon seit vielen Jahren Überkapazitäten von mehr als 30% aufzuweisen haben, statt in die soziale Absicherung und Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen für jene Bereiche, die reale Zukunftschancen haben und deren Entwicklung sozial und ökologisch wünschenswert ist. Allzu große Hoffnungen, dass damit wieder ein funktionierender Arbeitsmarkt hergestellt werden könnte, sollte man sich aber nicht machen: Wird die Krise tatsächlich überwunden, dann wird auch die (in den Krisenjahren in Europa wegen arbeitsplatzsichernder Maßnahmen leicht gesunkene) Produktivität wieder ansteigen. **Bart van Ark**, Chefökonom des amerikanischen Forschungsinstituts „Conference Board“, prognostiziert für Europa und die USA „Produktivitätszuwachs ohne die Entstehung weiterer Arbeitsplätze“ als „wahrscheinlichstes Szenario“ (Handelsblatt vom 21.01.2010).

Arbeitszeitverkürzung, gerade jetzt. Bedenkt man allerdings, dass die Arbeitsproduktivität zuvor über lange Jahre unablässig gewachsen ist – in Österreich sogar noch im Krisenjahr 2008 um 2% –, die Arbeitszeiten aber seit 1975 nicht mehr reduziert wurden (damals wurde die 40-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit einge-

führt), dann liegt einer der möglichen Auswege aus der Arbeitsplatzmiserie auf der Hand: Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf höchstens 35 Wochenstunden als erster Schritt zur Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeitswilligen. Die 35-Stunden-Woche war ja noch in den achtziger Jahren eine zentrale Forderung der meisten europäischen Gewerkschaften, bevor sie durch den neoliberalen Druck immer stärker in den Hintergrund geriet.

Ein solidarischeres Europa. So nebenbei könnte die Verwirklichung dieser Forderung auch helfen, die Ungleichheiten in Europa zu dämpfen, die zu großen Problemen in der Peripherie der Union geführt haben: Während die exportorientierten Staaten wie Deutschland, Österreich, die Niederlande oder Finnland Leistungsbilanzüberschüsse erzielen, weil sie sich durch Niedriglohnpolitik Wettbewerbsvorteile am internationalen Markt verschafft haben, kämpfen die südlichen Staaten (die auch historische Nachteile haben, was den Grad ihrer Industrialisierung betrifft) mit entsprechenden Leistungsbilanzdefiziten. Diese Tatsache wurde jüngst auch von der französischen (konservativen) Wirtschafts- und Finanzministerin **Christine Lagarde** gegenüber Deutschland angesprochen – die damit nur das höhnische Echo hervorrief, man wolle sich „nicht am Langsamsten orientieren“. Deutschland erwirtschaftet nahezu 45% seines Bruttoinlandsproduktes aus dem Export; Niedriglöhne, Hartz IV und 1-Euro-Jobs sind – und das wird von Ökonomen offen zugegeben – der Stoff, aus dem diese wirtschaftlichen Erfolge des Exportweltmeisters Deutschland gestrickt sind, Erfolge, die gar nie bei den unteren Einkommensgruppen ankommen. Österreich schreitet derzeit ebenfalls konsequent auf diesem Weg voran, zwischen 1995 und 2008 sind die Warenexporte von 24,1 auf 41,7% des BIP angestiegen.

Derzeit deutet wenig darauf hin, dass diese Politik des Gegeneinander, die auf dem Rücken der Schwächsten unter den arbeitenden Menschen ausgeht, ein Ende finden könnte. Damit stellen die Förderer dieser Entwicklung sowohl die Zukunft Europas als Staatengemeinschaft wie auch den sozialen Frieden in den Mitgliedstaaten selbst in Frage.

Christian Stenner

Die KPÖ Steiermark präsentiert den ersten steirischen Sozialhilferechner

erreichbar unter www.sozialhilferechner.at

Sozialpolitik bedeutet auch: schnelle und unbürokratische Hilfe!

Zuhören. Helfen. Durchsetzen.

KPÖ wirkt!

Siegfried Schrittwieser: „Projekte für den Arbeitsmarkt genießen absolute Priorität“

Seit einem halben Jahr steht das Sozial- und Arbeitsressorts des Landes unter dem Kommando von LH-Stv. Siegfried Schrittwieser. Gerade Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind durch die Krise nachhaltig gefordert. Mit Sozial- und Arbeitslandesrat Christian Stenner über seine Schwerpunktsetzungen unter den aktuellen Krisenbedingungen.

Herr Landesrat, die Arbeitsmarktsituation in der Steiermark bleibt krisenbedingt angespannt, dass die Situation nicht kippt, ist hauptsächlich Schulungen und anderen Maßnahmen zu verdanken, an denen auch Ihr Ressort beteiligt ist ...

Im Jahr 2008 war der Beschäftigungsstand in der Steiermark auf absolutem Rekordniveau. Danach waren allerdings die ersten Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auch in unserem Bundesland spürbar. Steigende Arbeitslosigkeit, rückläufige Stellenzüge und eine vermehrte Nachfrage nach Kurzarbeit waren die Folge. Das Jahr 2009 bescherte uns mit rund 39.000 Betroffenen im Jahreschnitt den höchsten jemals gemessenen Arbeitslosenstand.

Wir haben sofort auf diese Entwicklungen reagiert und allein im Jahr 2009 rund 17 Millionen Euro aus reinen Landesmitteln für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verwendet. Dadurch konnten wir rund 21.500 Menschen sofort unter die Arme greifen. Besonders stolz machen mich in diesem Zusammenhang Projekte wie JobConnect oder die neu eingeführten Produktionsschulen, die wirkungsvolle Mittel im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit sind. Durch die überbetriebliche Lehrausbildung bekommt zudem jeder Jugendliche in der Steiermark die Garantie auf einen Ausbildungsplatz. Beim Projekt „Gemeindekooperationen“ hat unser Bundesland überhaupt eine Vorreiterrolle in Österreich inne, da wir nicht nur Ideengeber für diese mittlerweile bundesweiten Initiative waren, sondern hier auch Spitzenreiter im Bundesländervergleich sind.



LH-Stv. Siegfried Schrittwieser: „Wir haben sofort auf die Entwicklungen am Arbeitsmarkt reagiert.“

Auch die Instrumente der Bildungskarrieren und der Unternehmensstiftungen haben sich in der Vergangenheit als wirksame Maßnahme zur Krisenbewältigung bewährt und werden deshalb auch in Zukunft fortgesetzt. Hierbei danke ich dem AMS Steiermark für die gute Zusammenarbeit.

In der aktiven Arbeitsmarktpolitik zeichnet sich ein Wandel ab: Man versucht stärker auf die individuellen Problemlagen der Betroffenen einzugehen. Die Steiermark hat hier nach Ihren Worten einiges vorzuweisen. Was sind die Vorteile dieser stark personenbezogenen Betreuung?

Eines beobachte ich schon seit langem: Oft wird in unserer Gesellschaft nur auf die Schwächen jeder und jedes Einzelnen hingewiesen, während auf die Stärken oftmals zur Gänze vergessen wird. Mir ist wichtig, gerade in der Arbeitsmarktpolitik, hier den Spieß einmal umzudrehen und auf die individuellen Fähigkeiten wirkungsvoller einzugehen. Deshalb werden in einer Vielzahl von Projekten individuelle Karrierepläne erstellt. Dadurch gelingt die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt um ein Vielfaches besser.

Auch wenn die Konjunktur anzieht und einiges darauf hindeutet, dass in nächster Zeit eine wirtschaftliche Erholung zu erwarten ist, so ist eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktsituation dennoch kaum wahrscheinlich: Die prognostizierte Wachstumsrate für 2010 beträgt laut ÖNB 1,2%, für 2011 1,9% – allein zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung sind wegen des Produktivitätswachstums derzeit aber mindestens 2% BIP-Wachstum nötig. Schafft die öffentliche Hand eine Stützung des Arbeitsmarktes über so lange Zeit? Woher soll das Geld kommen?

Dieser Problematik bin ich mir durchaus bewusst, wobei in der Landesregierung der einstimmige Konsens herrscht, dass Projekte für den Arbeitsmarkt absolute Priorität genießen. Ein finanziell starker und verlässlicher Partner für das Land ist das steirische AMS, mit dem schon seit Jahren eine gute Zusammenarbeit besteht und auf dessen Kooperation ich weiterhin baue.

Zusätzlich habe ich auch dafür gesorgt, dass aus EU-Geldern zusätzliche Mittel für Modellprojekte in den Jahren 2010 und 2011 zur Verfügung gestellt werden. Alleine dadurch können wir rund 1000 Personen wie-

der in den Arbeitsmarkt integrieren. Weiters möchte ich festhalten, dass im Bereich der Kurzarbeit die Bundesmittel bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Und auch im Bereich der Green Jobs werden wir in diesem Jahr noch weitere Initiative setzen.

Interessanterweise beginnt immer dann eine Sozialschmarotzerdebatte, wenn die Zahl der Arbeitslosen aus Krisengründen steigt – als ob die Menschen gerade in der Krise fauler würden. Nun haben sich ÖVP und SPÖ auf ein Transferkonto geeinigt, auf dem alle Leistungen der

ablöst, keine Einbußen zu erwarten hat. Es geht hier um 744 Euro – ich lade alle Kritiker der Mindestsicherung ein zu versuchen, mit dieser Summe monatlich auszukommen. Außerdem ist die Mindestsicherung ein Instrument, die Menschen wieder in die Beschäftigung zu bringen.

der Schuldenstand der öffentlichen Hand aus dem Lot gerät.

In der Debatte um die Mindestsicherung wurde mehrfach der geringe Abstand zum Niedriglohnbereich kritisiert, woraus die ÖVP den Schluss zog, die Mindestsicherung sei zu hoch.



öffentlichen Hand für den/die jeweilige/n LeistungsbezieherIn aufscheinen sollen. Ist das Ihrer Ansicht nach berechtigt oder doch nur Ausfluss einer Neiddebatte? Und: Welche öffentlichen Leistungen sollten Ihrer Ansicht nach auf dem Transferkonto aufscheinen?

Ich habe immer schon gesagt: Ja zu einem Transferkonto, aber nur unter der Voraussetzung, dass es für alle gilt. Das heißt, es sollten auch jene Leistungen erhoben werden, welche etwa in die Landwirtschaft, in die Wirtschaft, in die Gastronomie oder in den Tourismus fließen. Sollte das Transferkonto aber nur für Sozialleistungen gelten, sage ich Nein, denn dann wäre es ein reines Neidkonto, das nur einzelne Gesellschaftsschichten gegeneinander ausspielt und auf eine Sozialschmarotzerdebatte hinausläuft. Und das auf Kosten der sozial Schwachen in unserem Land. Doch warten wir einmal ab, was der Bund als Vorschlag für ein Transferkonto vorlegen wird.

Sie haben eine vierzehnmalige Auszahlung der Mindestsicherung in der Steiermark angekündigt, der Gesetzesentwurf auf Bundesebene sieht nur eine zwölffmalige Auszahlung vor. Nun sollen in der Steiermark Leistungen der öffentlichen Hand wie der Gratiskindergarten wieder zurückgenommen werden. Lässt sich das vereinbaren?

Was die Mindestsicherung betrifft, habe ich vor, dass sie vierzehnmal ausbezahlt wird. Es gibt ja auch das Verschlechterungsverbot, das besagt, dass jemand, der jetzt Sozialhilfe bezieht, durch die Mindestsicherung, die die Sozialhilfe

Wer arbeitsfähig ist und dennoch eine zumutbare Arbeit verweigert, dem wird die Zahlung sofort einmal um die Hälfte gekürzt bis hin zur völligen Streichung der Mindestsicherung. Aber eines steht im Vordergrund: Man darf Menschen, die oft unverschuldet in eine Notlage geraten sind, nicht so einfach im Stich lassen. Dass aber der Gratiskindergarten wieder abgeschafft werden soll, stelle ich entschieden in Abrede. Diesen soll und wird es auch weiterhin geben. Es stellt sich aber nur die Frage – und da gebe ich Landeshauptmann Franz Voves recht – ob in Zeiten, wo als Folge der Wirtschaftskrise Budgets gekürzt werden müssen, die Vermögenden in unserer Gesellschaft nicht einen Beitrag zum Kindergartenplatz aufbringen sollten. Unter sozialer Gerechtigkeit verstehe ich nämlich, dass vor allem diejenigen unterstützt werden, die über ein nur geringes Einkommen verfügen, während andere, die es sich locker leisten können, durchaus einen angemessenen Beitrag beisteuern können. Ob wir es wollen oder nicht, diese Debatte wird angesichts der notwendigen Sparmaßnahmen geführt werden müssen. Und man darf auch eines nicht vergessen: Wenn die öffentliche Hand keinen Sparkurs fährt, sind es erst wieder unsere Kinder, die später dann die Zeche dafür bezahlen müssen, wenn

Angesichts der steigenden Anzahl an „Working Poor“ und der Tatsache, dass gerade die niedrigen Löhne in den letzten Jahren real weiter gesunken sind, liegt allerdings der Schluss näher, dass die Löhne zu niedrig sind. Volkshilfepresident Prof. Weidenholzer hat unlängst in Graz einen gesetzlichen Mindestlohn von 1300,- gefordert, Bundesminister Hundstorfer ist gegen gesetzliche Mindestlöhne. Was ist Ihre Position?

Die ÖVP erstellt zwar die richtige Diagnose, wenn sie meint, der Abstand zwischen der Mindestsicherung und den Niedrigstlöhnen sei zu gering, doch wählt sie die falsche Therapie, wenn sie die Mindestsicherung als zu hoch einstuft. Wie gesagt, es soll jemand einmal versuchen, mit nur 744 Euro im Monat sein Auslangen zu finden. Vielmehr ist es notwendig, die Mindestlöhne anzuheben – aber dieser Diskussion will sich die ÖVP nicht stellen, weil sie vor allem die Interessen der Wirtschaft vertritt, aber nicht die Interessen all jener Menschen, die teilweise zu Schandlöhnen zu arbeiten gezwungen sind. Ganz im Gegenteil: Die ÖVP betreibt hier in Wirklichkeit ein mieses Spiel: Mit ihren Angriffen gegen die Mindestsicherung hetzt sie Menschen aus den untersten Einkommensschichten gegen solche auf, die noch weniger haben. Da stellt sich für mich schon die Frage, mit welchem Anspruch sich die ÖVP „christlich-sozial“ nennt.

Diskussion: „Wie können wir die Pflege in Zukunft leisten?“

Die Frage nach der Finanzierung der Pflege wird angesichts der demografischen Veränderungen immer drängender, jedoch von politischer Seite gerne auf die lange Bank geschoben. Entgegen diesem Trend luden LAbg. Dr.ⁱⁿ Martina Schröck und LAbg. Johannes Schwarz im Rahmen von anzetteln.at angesichts der immer schwierigeren finanziellen Situation der Gemeinden ein hochkarätiges Podium zur Diskussion über die Zukunft der Pflege. Über 150 BesucherInnen strömten ins Seniorenzentrum Wetzelsdorf, um die von Mag.^a Claudia Gigler moderierte Diskussion zwischen LGF Franz Ferner (Volkshilfe), Bgm. Dr. Matthias Konrad (Leoben / Österreichischer Städtebund, Landesgruppe Stmk.), LGF Dr. Martin Ozimic (Steiermärkischer Gemeindebund) und Prof. (FH) Dr. Bernhard Rupp (IMC FH Krems) zu verfolgen und auch Fragen einzubringen.

Soziallandesrat LH-Stv. Siegfried Schrittwieser, dessen Ressort für die stationäre Pflege zuständig ist, machte zu Beginn deutlich, dass eine engere Zusammenarbeit mit LR.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath, in deren Ressort die mobile Pflege fällt, erforderlich sein wird. Einen grundlegenden Wandel hat die Abschaffung des Regresses gegenüber den Angehörigen vor zwei Jahren eingeleitet. Gemeinden und vor allem Städte sehen sich seitdem einer Kostenexplosion ausgesetzt betont Konrad und Ozimic.

Die Diskussion kreiste in der Fol-

die Last sollte nicht nur von den Kleinverdienern getragen werden. Der Sozial- und Pflegesektor werde zunehmend zu einem krisenfesten Wirtschaftsfaktor, der vielen Menschen einen sicheren Arbeitsplatz bietet, erklärte Ferner. Schon heute arbeiten rund 10 Prozent der Bevölkerung im Sozial- bzw. Gesundheitsbereich, und dass der Bedarf an Arbeitskräften in den nächsten Jahren weiter ansteigen wird, ließe sich unschwer absehen. Dabei müsse auf eine Qualitätssicherung der Ausbildung, aber vor allem auch auf eine gerechte Entlohnung der physisch wie psychisch sehr fordernden Arbeit geachtet werden, betonte Rupp von der FH Krems. In jedem Fall müsse aber parallel zur Sicherung der Finanzierung auf eine Anhebung und Kontrolle der Standards in der Heimpflege mit Argusaugen gewacht werden.

Mit Prof. (FH) Dr. Bernhard Rupp, der an der FH Krems Gesundheitswesen lehrt, sprach Josef Schiffer für KORSO-Sozialforum über die Zukunft der Pflege.

Wie kann Pflege in Zukunft sinnvoll finanziert werden, eher durch einen steuerfinanzierten Pflegefonds oder eine Pflegeversicherung?

Ich stimme dem Wifo (unter Bezugnahme auf die Studie „Alternative Finanzierungsformen der Pflegevorsorge“) in der Ansicht völlig zu, dass ein mit Steuern oder eventuell gemischt finanzierter Fonds gegenüber einer Versicherungslösung umverteilungs-

Verlagerung der Versorgungssystemanpassung von der Behandlung von Infektionskrankheiten hin zu den Bedürfnissen chronischer Krankheiten und Behinderungen würgen wir politisch schon geraume Zeit – leider mit mäßigem Erfolg.

Der Regress ist zwar abgeschafft, andererseits wird auf das Eigentum des

henden Verwertungs-Regelungen mit den genannten Schlupflöchern (frühzeitigen Schenkungen oder Verlagerung des Vermögens ins Ausland).

Wie kann eine bessere Qualitätskontrolle vor allem in den zahlreichen privaten Pflegeheimen garantiert werden? Es gibt immer wieder Be-

solange aber verschiedene Budgetöffnungen für Gesundheit und Soziales existieren, sind die ökonomischen Anreize zur Verbesserung der Qualität gering. Vom überlasteten, weil zahlenmäßig viel zu gering bemessenen, Personal in vielen Einrichtungen und mobilen Diensten und von der Frage der Ethik (wie wir teilweise mit unseren alten Menschen umgehen) ganz zu schweigen ...

Wie kann man die Kostenexplosionen in der Heimpflege besser in den Griff bekommen, zumal die Leistungen für die Betroffenen oft nicht erschwinglich scheinen oder täuscht hier der Eindruck?

Die Kostendynamik ist – im öffentlichen Dienstleistungsbereich – nach der sog. „Baumolschen Kostenkrankheit“ gleichsam naturgesetzlich und unausweichlich – Pflege kann nun mal nicht durch Roboter erbracht bzw. wie Fabrikarbeit rationalisiert werden. Aus der Sicht der Interessenvertretungen der Arbeitnehmerinnen in Pflege- und Sozialbetriebsberufen ist die Forderung nach Löhnen, von denen man auch vernünftig leben kann, völlig legitim. Auf Dauer werden wir kaum nur mit Rumäninnen und Slowakinnen, die illegal oder als Gewerbetreibende für zwei Euro in der Stunde als PersonenbetreuerInnen in Österreich arbeiten, ein qualitätsgesichertes Auslangen finden. Ganz im Gegenteil: Mit dem Wegfallen der Zugangsbeschränkungen auf den nationalen Arbeitsmarkt werden auch diese sich eine leichtere und besser bezahlte Tätigkeit, z.B. in Supermarktketten oder im Gastgewerbe, suchen. Es braucht also eine Debatte und Generalisierung der Baustelle Gesundheits- und Sozialsystem unter Anerkennung der Tatsache, dass nicht nur Polizisten und Richter, sondern auch Pflege- und Betreuungskräfte ein ihrer Leistung angemessenes Gehalt beziehen sollten.



Dr. Bernhard Rupp: „Ein sinnvolles und gerechtes Modell für die Finanzierung der Pflege wäre die Einführung eines aus Vermögenssteuern gespeisten Pflegefonds.“

Betreuten zurückgegriffen. Halten Sie diese Regelung für gerecht und sinnvoll, wenn die einen selbst bezahlen, während sich andere durch rechtzeitige Übergabe entziehen?

Die derzeitige bundesländerweise unterschiedliche Situation ist unbefriedigend. Soll Sozialpolitik nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip gestaltet werden, muss persönliches Vermögen berücksichtigt werden. Gerechter als die derzeitigen Regelungen wäre allerdings die Einführung vermögensbezogener Steuern. Dies wäre dann auch die Voraussetzung für die Abschaffung der beste-

richte über offensichtliche Missstände, an einer besseren Kontrolle herrscht offensichtlich wenig Interesse?

Das ist eine spannende Frage, die mit einer wahrscheinlich nicht unbegründeten Vermutung zur schlechten Qualität in manchen Fällen verbunden ist. Über die tatsächliche Qualität in der Pflege haben wir bundesweit nur sehr grobkörnige Daten bzw. anekdotenhaftes Wissen. Eine niederösterreichische Studie (NÖGUS Dekubitusstudie) hat bereits von rund sechs Jahren die ökonomischen Vorteile guter Pflege für das Gesundheitssystem gezeigt –



Ob die Finanzierung der Pflege diskutierten (von re.) Bernhard Rupp, Franz Ferner, Claudia Gigler, Matthias Konrad und Martin Ozimic; LR Siegfried Schrittwieser (li.) eröffnete die Veranstaltung.

ge vor allem darum, wie man das System mittelfristig stabilisieren könne. Die Bedeutung präventiver Maßnahmen, richtiger Ernährung und körperlicher Betätigung, wurde betont, da diese die Pflegebedürftigkeit verzögern bzw. verhindern könnten. Ferner stellte in Abrede, dass das System wegen Geldmangels vor dem Zusammenbruch stehe, schließlich würden ohne zu zögern Millionensummen in Schilifanlagens investiert, mit denen das Pflegesystem ohne weiteres saniert werden könne, ohne die Kommunen stärker zu belasten.

Pflege als Arbeits- und Wirtschaftsfaktor. In der Diskussionsrunde war man sich einig darüber, dass das benötigte Geld in Österreich vorhanden sei – es müsse nur gerecht umverteilt werden. Während einige eine Pflegeversicherung für unumgänglich halten, warnen Experten vor einer Ausweitung der Lohnnebenkosten und sehen in einer durch eine Vermögenssteuer finanzierten Variante, die einen Pflegefonds speist, die bessere Alternative, denn

bezogene und administrative Vorteile hat. Die Bundesregierung sieht das nach meiner Meinung ganz richtig. Es ist aber unbedingt darauf hinzuweisen, dass wir in den nächsten 20 Jahren erheblich mehr Geld in das Pflegesystem bringen müssen, als wir derzeit in der öffentlichen Debatte zugeben oder wahrhaben wollen.

Wie können die Gemeinden, die scheinbar an der Grenze der Überforderung stehen, sinnvoll entlastet werden?

Das Herausheben der Pflegeleistungen aus der Sozialhilfe, an deren Finanzierung die Gemeinden erheblich beteiligt sind, wäre ein geeigneter Ansatz. Der historische Ursprung der Armenfürsorge wird im 21. Jahrhundert total überstrapaziert, dafür war das „Zweite Soziale Netz“ überhaupt nie gedacht. Dass die moderne Medizin Menschen überleben lässt, die vor 20 Jahren noch gestorben wären, und diese dann mit „besonderen Bedürfnissen“ sich selbst bzw. der Sozialhilfe überlässt, war für unsere „Verfassungsväter“ im Jahre 1920 nicht im Traum voraussehbar. An der

Auch in Finnland Pflege-Finanzierung im Fokus

Zwischen 7. und 9. April fand die siebente Volkshilfe-Europa-Konferenz in Helsinki statt. Österreichische PolitikerInnen und SozialexpertInnen trafen dabei auf ihre KollegInnen aus Finnland.

Das hoch entwickelte finnische Sozial- und Bildungswesen wurde von Expertinnen aus dem Bildungs- und Finanzministerium und diversen sozialwissenschaftlichen Institutionen aus Finnland präsentiert. Auch die österreichische Seite war hochrangig durch ExpertInnen aus dem Sozialministerium und politisch unter anderem durch den steirischen Landeshauptmann-Stellvertreter und Sozial-Landesrat Siegfried Schrittwieser und die Wiener Stadträtin Sonja Wehsely vertreten. Die Fragen der Organisation und Finanzierung eines Pflegesystems der Zukunft in einer alternden Gesellschaft standen sowohl bei den Präsentationen als auch bei den Diskussionen im Mittelpunkt.

Pflege: Kostenanstieg von 65% innerhalb von vier Jahren. LR Siegfried Schrittwieser referierte über die Pflegefinanzierung und das Angebot für pflegende Angehörige aus Sicht der Städte und Länder. Seine Conclusio: Da Länder und Gemeinden durch die steigenden Kosten im Pflegebereich bereits finanziell überlastet sind, müsse die Bundesregie-

rung noch heuer eine österreichweite Lösung für die Pflegefinanzierung vorlegen. Der Anstieg der Kosten im Pflegebereich lassen bei Ländern und Gemeinden die Alarmglocken läuten: Allein in der Steiermark hat sich der finanzielle Aufwand für die öffentliche Hand von 83 Mio. Euro (2005) auf 138 Mio. Euro (2008) erhöht – ein Anstieg von rund 65 Prozent in einem Zeitraum von vier Jahren, berichtete Schrittwieser den Teilnehmern der Europa-Konferenz der Volkshilfe über die Situation in Österreich. Die Gründe dafür seien in den steigenden Tagsätzen, bedingt durch Inflation oder Lohnkostenerhöhungen, zu suchen, aber auch in den geänderten gesellschaftlichen Strukturen, da kaum noch mehrere Generationen unter einem Dach wohnen und somit die Pflege nicht mehr durch die Familie übernommen wird. Auch die Abschaffung der Regresspflicht für Angehörige trägt dazu bei, dass die Kosten weiter ansteigen, da dadurch die Nachfrage an Heimplätzen in die Höhe geschossen ist.

Pflegefinanzierung muss binnen eines Jahres gesichert sein. Für Länder und Gemeinden, die gemeinsam für die Finanzierung der Pflege aufkommen, ist die Situation mittlerweile dramatisch, da der Pflegebereich immer größere Anteile am Gesamtbudget fordert. Zu den steigenden

Sozialkosten gesellt sich noch der Umstand, dass sich aufgrund der Wirtschaftskrise die vom Bund überwiesenen Ertragsanteile reduziert haben. „Diese Schere klappt immer weiter auseinander“, so Schrittwieser. Daher sieht der steirische Soziallandesrat es als Verpflichtung des Bundes an, sich um dieses Problem zu kümmern, indem er eine Pflegefinanzierung sicherstellt, wie es im Koalitionsübereinkommen vereinbart wurde. „Spätestens zu Beginn 2011 muss diese neue Finanzierung umgesetzt sein, sonst ist zu befürchten, dass vor allem die Gemeinden finanziell an die Wand fahren“, fordert Schrittwieser. Die Präsidentin der Volkshilfe, 3. Landtagspräsidentin Barbara Gross, und die Mitglieder der Geschäftsführung Franz Ferner, Regina Thakur und Brigitte Schafarik stellten die Delegation der Volkshilfe Steiermark. Die Volkshilfe übt seit zwei Jahren innerhalb der Sozialorganisationen eine Vorreiterrolle in Sachen „Pflegesicherung“ aus und hat vor kurzem wiederum eine entsprechende Kampagne gestartet. Für Gross ist die Teilnahme so vieler SozialexpertInnen und prominenter PolitikerInnen an der Konferenz ein Beweis, „dass die Arbeit der Volkshilfe geschätzt wird. Auch als Plattform für europäische Kontakte im Bereich der Sozialpolitik.“

Aktion 4000 – Wiedereinstieg durch Arbeit in den Gemeinden

Die Situation am Arbeitsmarkt bleibt weiterhin schwierig – insbesondere für ältere Arbeitssuchende und Menschen mit mangelnden Qualifikationen ist der Wiedereinstieg in das Berufsleben ein langwieriger und oft psychisch fordernder Prozess, der mit vielerlei Rückschlägen und Enttäuschungen verbunden sein kann.

Die professionelle Hilfe bei der Jobsuche für diese Personengruppen zur sehnlich erwünschten Reintegration in das Erwerbsleben stellt eine der wichtigsten Herausforderungen in wirtschaftlichen Krisenzeiten dar. Dabei ist für die erfolgreiche Umsetzung eine intensive Zusammenarbeit zwischen Arbeitsmarktservice (AMS) und öffentlichen Stellen gefragt. Eines der wegweisenden Projekte auf diesem Gebiet ist die im vergangenen Jahr angelaufene „Aktion 4000“, die den betroffenen Menschen sinnvolle Beschäftigungen im kommunalen Bereich anbietet und damit auf großartigen Widerhall gestoßen ist.

Erfolgreiche Reintegration als vorrangiges Ziel. Die Vorgeschichte der Aktion 4000 ist schnell erzählt: Am Anfang stand die „Aktion Gemeinde“, deren Ziel es war, Langzeitarbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Aktion wurde zu Beginn des Vorjahres vom Land Steiermark, dem AMS und steirischen Kommunen gestartet und stieß auf reges Interesse bei den Arbeitssuchenden. Ab Mitte des vergangenen Jahres wurde sie unter dem Titel „Aktion 4000“ österreichweit übernommen, in Graz vom Verein ERfA, der die Schulungen durchführt und als Träger der Dienstverhältnisse für die kommunal Beschäftigten fungiert. Der außerordentliche Erfolg gibt den Verantwortlichen für die Initiative Recht: Eine beachtliche Anzahl von Langzeitarbeitslosen wurde über Gemeindekooperationen, etwa in der Stadtgemeinde Kapfenberg, einer neuen Beschäftigung zugeführt, lautet die äußerst zufriedenstellende Zwischenbilanz, die vor kurzem von Soziallandesrat **Siegfried Schrittwieser** und dem steirischen AMS-Chef **Mag. Karl-Heinz Snobe** vorgestellt wurde. Und auch auf das erzielte Ergebnis könne man hierzulande stolz sein, so Snobe, denn österreichweit nimmt die Steiermark bei der Anzahl der Vermittlungen die klare Spitzenposition ein und hat mit zusätzlichen 400 Vermittlungen zum Plan-Ziel das angepeilte Ergebnis sogar verdoppelt.



In der Renovierung von Sozialwohnungen und in Reparaturleistungen kann sinnvolle kommunale Arbeit geleistet werden.

Transitarbeitsplätze in Kommunen und gemeinnützigen Organisationen nach entsprechenden Einschulungen für die Dauer von bis zu neun Monaten zur Verfügung gestellt werden. Der AMS-Landesgeschäftsführer Snobe erkennt darin ein sehr gut geeignetes Mittel, Langzeitarbeitslose erfolgreich wieder an Arbeit heranzuführen: „Die Aktion 4000 ist ein äußerst probates Instrument, um arbeitsmarktfremde Personen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir haben seit dem Start dieses Projekts zahlreiche positive Reaktionen von im Rahmen der Aktion betreuten Personen erhalten. Förderbar sind eine ganze Palette von öffentlichen und gemeinnützigen Tätigkeiten wie Ortsbildpflege, Landschaftspflege, Denkmalpflege, Umweltschutz sowie

beitgeben mit der Aktion 4000 einen erhöhten Zuschuss zu den Lohnkosten der Beschäftigten und setzt damit einen Anreiz zur Beschäftigung schwer vermittelbarer Personen.

Verlängerung der Aktion 4000. Auch von politischer Seite ist man von den positiven Ergebnissen des Programms begeistert, wie der steirische Soziallandesrat Schrittwieser erklärt: „Durch die Aktion 4000 profitieren beide beteiligten Seiten als Partner mit einer gemeinsamen Vision: Einerseits die Gemeinden, weil diese mit Hilfe dieser Aktion ihren Mehrbedarf an Personal, etwa wegen Krankenständen oder bedingt durch Arbeitsspitzen, abdecken können. Und andererseits die Langzeitarbeitslosen, die zeitlich befristete Beschäftigung finden mit der Chance, wieder vollständig in den Arbeitsmarkt integriert zu werden“, legt Schrittwieser die Vorteile der Gemeindekooperation dar. Seit Beginn 2009 wurden mehr als 1.600 Langzeitarbeitslose erfasst, rund ein Drittel der steirischen Gemeinden machte von diesem Angebot Gebrauch. „Da sich diese Aktion derart positiv entwickelt hat, wird sie bis zum Jahresende verlängert“, kündigt der Soziallandesrat an. Dadurch sollen noch heuer hunderte weitere Langzeitarbeitslose in das Programm übernommen werden. Gefördert werden auch Menschen, die wegen Einschränkungen von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind, betont Schrittwieser: „Die Förderungsdauer der „Aktion 4000“ beträgt zwei bis maximal zwölf Monate. Neben Gemeinden können sich auch kirchliche Einrichtungen wie die Caritas oder Wohlfahrtsverbände wie die Volkshilfe an dieser Aktion beteiligen.“

Wiedereinstieg erleichtert. Wichtige Faktoren für den Erfolg stellen die Feststellung der Qualifikationen und Einschulungen dar, erklärt **Otmar**

als Buchhalter aufgeben musste, bildet die Tätigkeit einen interessanten Neueinstieg: „Hier kann ich mein Wissen und meine Erfahrung endlich wieder in konkreter Arbeit einbringen, und das wird von meinen Vorgesetzten auch sehr geschätzt.“

Gerechte Entlohnung und sozialer Kontakt. Die über das Projekt ERfA beschäftigten Personen werden nach dem BAGS-Kollektivvertrag bezahlt, der eine Bruttoentlohnung zwischen rund 1.200 und 1.300 Euro für die Vollzeitbeschäftigung vorsieht, erklärt **Mag. Gabriele Oberhumer**, ebenfalls Projektleiterin von ERfA, sodass eine leistungsgerechte Bezahlung gegeben ist. „Wir sehen jedoch in erster Linie nicht auf die Arbeit, sondern die Bedürfnisse der Menschen“, ergänzt Pfeifer: „Wir sind quasi ein Schuhläffel, der ihnen zum Wiedereinstieg verhelfen soll.“ Dazu zählt auch eine sorgfältige Vorbereitung auf die Tätigkeitsfelder weiß Oberhumer: „Wir sind die einzige Institution dieser Art, die ein vorgeschaltetes Training, eine Abklärung der Fähigkeiten sowie eine sozialpädagogische Begleitung anbieten.“ Dies wissen die Teilnehmer an der Maßnahme zu schätzen, wie Karl W., der schon eine ganze Reihe von Kursen absolviert hat: „Ich werde in den kommenden Monaten in der Poststelle der Stadtbibliothek mithelfen dürfen. Durch die Beschäftigung wird man nicht nur wieder eine regelmäßige Beschäftigung gewöhnt, sondern kann auch soziale Kontakte pflegen, die bereichernd auf das eigene Leben wirken.“

Grazer Soziallotsen-Projekt ermöglicht. Mit Hilfe der Aktion 4000 plant die Stadt Graz die Ausbildung von „Soziallotsen“, deren Aufgabe es sein wird, etwa Menschen mit funktionalem Analphabetismus, Immigranten oder durch Krankheit beeinträchtigten Personen bei der Bewältigung des Alltags oder von Behördenwegen hilfreich zur Seite zu stehen, erklärt Sozialstadträtin **Elke Edlinger**: „Die fachliche Begleitung und Betreuung werden zu den zentralen Aufgabenbereichen der Soziallotsen zählen.“ Interessen-

Pfeifer, Leiter der Sozialinterventionsstelle, der Kooperation zwischen Sozialamt und ERfA. Beim Grazer Verein ERfA verfügt man über jede Menge Know-how auf diesem Gebiet, ist dieser doch schon seit 2003 in der Qualifikation aktiv und fungiert bei Beschäftigungsprogrammen als Träger



LR Schrittwieser und AMS-Chef Snobe sind mit der Zwischenbilanz der Aktion 4000 sehr zufrieden und freuen sich auf eine Weiterführung des Projekts.

Sinnvolle Tätigkeiten im kommunalen Rahmen. Insgesamt sollen bis zum Sommer weitere 960 Personen von dem Angebot profitieren, indem ihnen

Tätigkeiten in den Bereichen Kinderbetreuung, Seniorenbetreuung, Volksbildung, Gesundheitspflege, Sport, Kunst und Kultur.“ Das AMS bietet den Ar-



Gabriele Oberhumer und Otmar Pfeifer vom Verein ERfA sehen sich als „Schuhläffel für den Wiedereinstieg“ von langzeitarbeitslosen Menschen.

der Dienstverhältnisse für die Stadt Graz. Im Durchschnitt sind zwischen 100 und 120 Personen im kommunalen Bereich beschäftigt, „ohne jedoch dadurch den regulären Magistratsbediensteten die Arbeit wegzunehmen“, erklärt Pfeifer. Das Spektrum reicht von Grünraumpflege, Renovierungen und Reparaturen bis hin zu Arbeiten in der Administration. Ein Beispiel für diese Schiene ist z.B. Heinz T., der seit einigen Wochen den Sozialreferatsleiter des Magistrats Graz in der Archivierung von Aktenmaterial unterstützt. Für den studierten Historiker, der nach einer schweren Krankheit seinen Job

ten für dieses neue Berufsbild gibt es genügend. Im laufenden Vorbereitungskurs der ERfA interessiert sich Harald S. für dieses Berufsbild: Nach langjährigen Tätigkeiten als Flugbegleiter und Reiseleiter will er sich jetzt im sozialen Bereich betätigen: „Ich möchte auf jeden Fall weiterhin in engem Kontakt mit den Menschen arbeiten, aber in der Reisebranche sind persönliche Beratungsleistungen durch das Internet nicht mehr in dem Ausmaß wie früher gefragt, während im Sozialbereich sich ständig neue Aufgaben und Herausforderungen auftun.“

→ **Positive Erfahrungen in Kapfenberg.** Neben Graz ist vor allem die Stadt Kapfenberg sehr intensiv in der Aktion 4000 engagiert, berichtet Bürgermeisterin Mag.^a **Brigitte Schwarz:** „Wir beschäftigen seit Juli 2009 insgesamt 44 Personen, deren Dienstverhältnisse

Partner und Träger fungiert in diesem Fall die BIG (Beschäftigungsinitiative der Gemeinden). Insgesamt sieht Schwarz die Chancen für eine Weiterbeschäftigung vorsichtig optimistisch: „Für uns als Stadtgemeinde ist zunächst gerade die Spitzenabdeckung



Bgm.ⁱⁿ Brigitte Schwarz: „Im Pflegebereich gibt es durch den großen Bedarf an Leistungen auch gute Einstiegschancen, etwa durch die Implacement Stiftung.“

vorläufig bis Ende April 2010 laufen. Davon sind 16 in den Sozialhilfverband-Heimen tätig und sollen in die Implacement-Stiftung Pflege übernommen werden.“ Auf diesem Gebiet liegt einer der Hauptnutzen der Aktion 4000 für Kapfenberg, so Schwarz: „Wir haben zu wenige Leute im Pflegebereich und konnten Heimplätze wegen Personalmangel teilweise gar nicht mehr besetzen, das bedeutet einen positiven Impuls. 20 weitere Personen werden in der Gemeinde arbeiten, davon zwei im Büro, die meisten übrigen im Dienstleistungszentrum und Wirtschaftshof sowie auf der Burg Oberkapfenberg.“ Die im kommunalen Bereich tätigen Langzeitarbeitslosen sind übrigens durchgehend KapfenbergerInnen; als

wichtig, wo wir im Moment noch kein zusätzliches Personal aufnehmen können. Eine Dame wird wahrscheinlich demnächst übernommen werden, im einen oder anderen weiteren Fall wird es ebenfalls eine konkrete Aufnahme geben können. Die größten Chancen bestehen derzeit im Pflegebereich, wenn wir die Leute in die Implacementstiftung Pflege hineinbekommen.“

| Josef Schiffer

Infosrmatonen: Verein ERfA – Erfahrung für ALLE, Sozialinterventionsstelle, Karlauerstrasse 16–18, 8020 Graz, Telefon: 0316 872 6387; Fax: 0316 269 270 (Schulungen); E-Mail: office@erfa-graz.at

Gesünder am Arbeitsplatz durch Prävention

Die körperliche und psychische Belastung in unserer Arbeitswelt nimmt zu und der Leistungsdruck wächst – nicht zuletzt verschärft durch die herrschende Wirtschaftskrise, die oft auch ernste Existenzängste auslösen kann.

Viele arbeitende Menschen, die sich im Berufsalltag bewähren müssen, sind daher von chronischen bzw. akut auftretenden gesundheitlichen Problemen betroffen. Diese erhöhen das Risiko des Verlustes des Arbeitsplatzes bzw. erschweren das Finden eines anderen geeigneten Jobs massiv. Das Präventionsprojekt „Service Arbeit und Gesundheit“ (SAG) des Bundessozialamtes in der Steiermark soll den betroffenen Menschen dabei helfen, mit ihren gesundheitlichen Problemen vernünftig umzugehen und Lösungen in der Krise zu finden.

Prävention gesundheitlicher Risiken. Hervorgegangen aus einem europäischen EQUAL-Projekt des Europäischen Sozialfonds (ESF) wurde aus dem Probelauf sehr bald ein konkretes Angebot für arbeitende Menschen, das sich bis heute mit stetig wachsender Nachfrage konfrontiert sieht. Vor rund sechs Jahren wurde zu diesem Zweck eine eigene steiermarkweit tätige Service- und Anlaufstelle für Beschäftigte mit gesundheitlichen Problemen geschaffen.

Dr. **Diethard Schliber**, stellvertretender Leiter des Bundessozialamtes in der Steiermark (BASB) erläutert den Hintergrund der Maßnahme: „Unser Angebot SAG richtet sich in erster Linie an DienstnehmerInnen, die am Arbeitsplatz gesundheitliche Probleme haben, aber ebenso an Arbeitslose mit gesundheitlichen Beschwerden, die wieder in das Arbeitsleben zurückkehren wollen. Als weiteren Kooperationspartner haben wir vor kurzem die Steiermärkische Gebietskrankenkasse gewonnen, die Menschen mit bestimmten Symptomen an unsere Serviceeinrichtungen vermittelt.“

Angebot für Arbeitnehmer, Jobsuchende und Unternehmen. Seit dem Jahr 2004 bietet das BBRZ (Berufsdagnostik Austria) als Trägerorganisation für SAG u.a. arbeitsmedizinische Beratung und Einzelcoaching

für Hilfe suchende Menschen an. Im Rahmen der Trägerorganisation BBRZ hat das Projekt es sich zum Ziel gesetzt, Menschen dabei zu unterstützen, trotz gesundheitlicher Beeinträchtigungen erwerbstätig zu bleiben bzw. Arbeitssuchende, die aus gesundheitlichen Gründen ihre Stelle verloren haben, wieder ins Erwerbsleben zu integrieren. Die Zielgruppe sind daher in erster Linie Beschäftigte sowie maximal sechs Monate arbeitslose Menschen mit gesundheitlichen Problemen. Dabei ist ein völlig anonymer Zugang selbstverständlich gewährleistet, sodass der Ratsuchende keine Nachteile von Seiten des Arbeitgebers befürchten muss, beschreibt Schliber das Angebot. Daneben werden auch Firmen über Möglichkeiten für Verbesserungen am Arbeitsplatz bzw. damit verbundene Förderungen beraten.

dessozialamtes dar. Vor allem ist das Ziel aber die Vermeidung von gesundheitlichen Beschwerden bzw. deren Verschlechterung durch keine oder mangelhafte Prävention. Die vorherrschenden Krankheitsbilder bei den Kunden sind nach Auskunft von Schliber sehr häufig Burn-Out-Syndrome, aber auch Wirbelsäulenbeschwerden bzw. psychische Krankheitsbilder. In der Steiermark hat die Anzahl der betreuten Fälle von 173 im Jahr 2004 in den vergangenen Jahren kräftig zugenommen und erreichte 2009 die Anzahl von 307, wobei der Anteil der Frauen leicht über jenem der Männer liegt, was aber auch an der Bereitschaft von Frauen liegen kann, eher bei Problemen fachliche Beratung zu suchen, erklärt Schliber.

| Josef Schiffer



Diethard Schliber: Die Vermeidung der gesundheitlichen Beeinträchtigung am Arbeitsplatz hat bei ‚Service Arbeit und Gesundheit‘ die oberste Priorität.

Rechtzeitige Vermeidung von chronischer Krankheit. Das Projekt „Service Arbeit und Gesundheit“ (SAG) stellt eine Präventionsmaßnahme im breit gefächerten Angebot der Landesstelle Steiermark des Bun-

Infos zum Angebot von Service Arbeit und Gesundheit (SAG): BBRZ Österreich – SAG – Service Arbeit und Gesundheit, www.servicearbeitgesundheit.at, Tel: +43 316 576228-42, E-Mail: margret.graessler@bbrz.at

WIR FÖRDERN ZUKUNFT

Lehre ohne Barriere

Wie können benachteiligte Jugendliche ihre Fähigkeiten entdecken, eine Lehrstelle finden, einen Beruf erlernen, Geld verdienen, sich eine Zukunft aufbauen?

- **Clearingstellen** entwickeln gemeinsam mit den Jugendlichen, ihren Eltern und Lehrern einen individuellen Plan für eine maßgeschneiderte Ausbildung.
- Die **Berufsausbildungsassistenz** unterstützt und begleitet während der gesamten Ausbildungszeit. Bei der „integrativen Lehre“ gibt es zwei Möglichkeiten:
 - Entweder die Lehrzeit wird verlängert,
 - oder es wird ein Teilbereich des angestrebten Berufs erlernt.
- Die **Arbeitsassistenz** unterstützt bei der Suche nach einem passenden Arbeits- oder Ausbildungsplatz.

Das Bundessozialamt – die zentrale Anlaufstelle für Auskünfte zur Integrativen Berufsausbildung in Österreich



BUNDESSOZIALAMT
LANDESSTELLE STEIERMARK

Hälfte der PraktikantInnen nicht einmal sozialversichert

Die Jugendorganisationen der steirischen SP und der Fraktion sozialistischer GewerkschafterInnen kritisieren massive Missstände von im Rahmen der verschiedensten Berufsausbildungen abzuleistenden Pflichtpraktika in der Steiermark. **Claudia Kürzl**, Landesvorsitzende der Jungen Generation der steirischen SozialdemokratInnen, rechnet vor, dass etwa 12.000 SchülerInnen und Studierende pro Jahr derartige Praktika ableisten müssten. Laut einer AK-Studie geben 30 Prozent der SchülerInnen und 43 Prozent der StudentInnen an, in den von ihnen abgeleisteten Praktika nur als Hilfskräfte eingesetzt worden zu sein. Nur knapp über 52 Prozent der ihr Praktikum ableistenden Studierenden arbei-

teten sozialversichert, 53 Prozent aller Auszubildenden mussten Überstunden ableisten, was zumindest bei den vielen betroffenen Minderjährigen schlicht als ungesetzlich zu betrachten ist. Durch dieses Nicht-System und die größtenteils fehlenden Strukturen der in vielen Curricula zwingend vorgesehenen Praktika werde der steirischen Wirtschaft für die Zukunft ein Bärendienst erwiesen, weil die Arbeitskräfte von morgen damit massiv demotiviert würden, so die JG-VertreterInnen. Landtagsabgeordneter **Klaus Zenz** weiß, dass in gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen (beispielsweise in der Metall verarbeitenden Industrie) die Lage besser ist.

LifeTool – Tag der offenen Tür am 23. April



Neue Technologien ermöglichen körperlich- und kommunikationsbeeinträchtigten Menschen mehr Selbstbestimmtheit, Unabhängigkeit und damit mehr Lebensqualität. Ein einfacher Taster ermöglicht beispielsweise einer Frau mit körperlicher Beeinträchtigung das Radio eigenständig ein- und auszuschalten. Mit Hilfe einer speziellen Maus und einer Bildschirmstatur kann ein Jugendlicher

mit spastischer Beeinträchtigung im Internet surfen und sich mit Gleichaltrigen via Chat unterhalten. Durch Sprachausgabegeräte lernen Menschen mit Kommunikationsbeeinträchtigung ihre Wünsche und Bedürfnisse zu artikulieren. Die Beratungsstelle Life Tool Graz in der Nibelungengasse 67/73 bietet ein umfassendes Beratungs- und Serviceangebot und es können verschiedene Hilfsmittel für Computer, Hilfsmittel für die unterstützte Kommunikation, Lernprogramme, Umweltsteuerungen, etc. ausprobiert werden. Tag der offenen Tür: Freitag, 23. April, 10.00 – 17.00 Uhr
Kontakt: Diakoniewerk Steiermark, Nibelungengasse 69/73, 8010 Graz; Tel: 0316/337996 oder 0664.8582741; E-Mail: graz@lifetool.at und www.lifetool.at

Qigong erobert Graz

Als voller Erfolg erweist sich das von Gesundheitsstadtrat **Wolfgang Riedler** in Kooperation mit dem Zentrum für Gesundheitskompetenz **Ars-vitae-sanae** initiierte Projekt **Qigong auf dem Freiheitsplatz**. Seit Dezember üben dort jeden Freitagmorgen begeisterte Passanten. „Neben zahlreichen Grazerinnen und Grazern interessiert sich inzwischen auch die Stadt Berlin für das Erfolgskonzept und will es übernehmen“, freut sich Riedler über die große Resonanz. In Graz selbst wird das Projekt auf sechs Plätze ausgeweitet, an denen ab nun Gratis-Qigong angeboten wird. Zusätzlich gibt es auf dem Hasnerplatz klassische Gymnastik. Seit April wurde das kostenlose Angebot erweitert: Auf verschiedenen Plätzen und an unterschiedlichen Tagen können Sie an den gesundheitsfördernden Bewe-

gungsangeboten (Qigong, Gymnastik, Dehnung & Balance, etc.) teilnehmen. In Zukunft wird Qigong in Graz von folgenden Personen an folgenden Orten angeboten: DI **Armin Fischwenger** am Dienstag, 10.00-10.30 Uhr beim Stupa im Volksgarten, **Egwin Ertl** am Dienstag, 12.30-13.00 Uhr beim Springbrunnen im Stadtpark, Dr.ⁱⁿ **Karin Klug** am Mittwoch, 7.15-7.45 Uhr im ORF-Park, beim ORF-Teich, **Annamaria Howischer** am Donnerstag, 7.30-8.00 Uhr auf dem Mariahilfer Platz, **Hartwig Crailsheim** am Donnerstag, 8.00-8.30 Uhr bei der Herz-Jesu-Kirche, **Niksa Barezka** am Freitag, 7.30-8.00 Uhr auf dem Freiheitsplatz. Außerdem bieten **Sascha Schulz** und sein Team jeden Mittwoch, 8.00-8.30 Uhr auf dem Hasnerplatz Übungen aus der klassischen Gymnastik, Dehnung, Balanceübungen etc. an.

Referentinnenpool: Angebote für steirische Mädchen

Auf der Website des Frauengesundheitszentrums entsteht derzeit im Rahmen des Projekts Mädchengesundheit Steiermark ein Referentinnenpool. Er fasst erstmals Angebote für steirische Mädchen und AkteurInnen der Jugendarbeit zusammen. Interessierte können aus rund 90 Workshops und Weiterbildungen wählen. Die Palette reicht von Workshops zu Themen wie Berufsorientierung, Bewegungs-, Gesangs- und Tanzstunden bis hin zu Selbstbehauptungskursen oder dem Besuch auf einem Bauernhof. Interessierte erfahren alles über die Workshops wie TeilnehmerIn-

nenzahlen, Kursdauer, Kosten oder Qualifikation der Referentin. Das Verzeichnis bietet weiters JugendbetreuerInnen, GruppenleiterInnen, SozialarbeiterInnen und PädagogInnen (in Ausbildung und Praxis) rund 30 Fort- und Weiterbildungen zu mädchenrelevanten Themen. **Referentinnen gesucht.** Der Referentinnenpool soll weiter wachsen. So können interessierte Fachfrauen auch zukünftig Angebote bei Projektleiterin Jutta Pfeiler einreichen. Informationen und Anmeldeformular zu finden unter: www.fgz.co.at/Referentinnenpool.449.0.html



Der führende steirische Bildungsanbieter sucht für das Bildungszentrum Graz West eine/einen

Projektkoordinator/in

Das Projekt ISIS wird vom Bundessozialamt gefördert. Im Projekt ISIS ist das „TeleTrading House“ integriert, dass blinde und sehbehinderte Menschen in einer dualen Ausbildungsform als Call Center Agent auf die Integration am ersten Arbeitsmarkt vorbereitet (siehe www.blind-isis.at).

Ihre Aufgaben:

- Verwaltungsorganisation
- Vernetzung mit zielgruppenspezifischen Institutionen
- Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt ISIS
- Koordination und Recruiting von Teilnehmer/innen für das „TeleTrading House“
- Betreuung und Beratung der Teilnehmer/innen
- Planung und Koordination von individuellen Schulungsplänen

Ihr Anforderungsprofil:

- Ausbildung im Behindertenbereich, Fokus: blind und sehbehindert
- Kaufmännische Ausbildung (Matura von Vorteil)
- Gutes Zahlenverständnis
- Soziale Kompetenz und Stressresistenz
- Teamfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit
- Erfahrung in der Organisation und Projektarbeit



Schriftliche Bewerbung an:

bfi Steiermark | Mariengasse 24 | 8020 Graz
Mag.^a Dagmar Ortmayr | Tel. 05 7270 DW 1033 | bewerbung@bfi-stmk.at | www.bfi-stmk.at

Soziallotsen: HelferInnen, denen geholfen wird

Die „Aktion 4000“, mit der Langzeitbeschäftigungslose wieder an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden sollen, kann auf verschiedene Arten umgesetzt werden. Das Grazer Sozialressort, der Verein ERfA und das AMS Graz haben eine Variante erdacht, die nicht nur den Betroffenen nützt, sondern auch sozial benachteiligten Gruppen Unterstützung bietet.

Ausgegangen wurde dabei von der Tatsache, dass „viele Menschen in schwierigen Alltagssituationen Unterstützung brauchen – von der Hilfe beim Einkauf über die Begleitung zum Arzt und beim Zurechtfinden im Behördenschwermel“, sagt Sozialstadträtin **Elke Edlinger** – letzteres betrifft vor allem Personen mit Migrationshintergrund, Konventionsflüchtlinge und funktionale AnalphabetInnen. Das Problem: Die städtischen SozialarbeiterInnen sind für die „großen Probleme“ ihrer Klientel zuständig, wären aber hoffnungslos überfordert, wenn sie zusätzlich auch bei Alltagsschwierigkeiten tätig werden müssten.

Eine Vielzahl nützlicher Tätigkeiten. Auch unter Langzeitbeschäftigungslosen gibt es genügend Personen, die sich sozial engagieren wollen und die persönliche Eignung dafür mitbringen. Zehn von ihnen wird nun in einem speziellen, zwei Wochen dauernden Schulungsprogramm, an dem SozialarbeiterInnen ebenso beteiligt sind wie MitarbeiterInnen des Grazer Bürgerservice, fachliches Know-how vermittelt, damit sie ihrer Aufgabe als „Soziallotsen“ gerecht werden können, berichtet Mag.^a **Gabriele Oberhumer** vom Verein ERfA. Nach einem einwöchigen Praktikum können sie ihre Tätigkeit aufnehmen, bei der sie fachliche Begleitung und, wenn nötig, auch Supervision in Anspruch nehmen können. Bezahlt

werden die SoziallotsInnen nach dem Kollektivvertrag für Sozialberufe, sie erhalten brutto 1300,- Euro monatlich für ihre Arbeit. Neben den genannten Tätigkeiten sei noch eine Vielzahl anderer denkbar, sagt Edlinger, etwa die Erledigung von Einkäufen für SeniorInnen, Botengänge, institutionalisierte Nachbarschaftshilfe in den städtischen

Beschäftigung bieten: Fast 30% der TeilnehmerInnen kommen wieder am ersten Arbeitsmarkt unter. Für **Otmar Pfeifer**, Leiter der Sozialinterventionsstelle des Sozialamts, steht ebenfalls das Ziel im Vordergrund, „Menschen, die sonst keine oder nur wenige Chancen haben, dabei helfen, den Weg zurück in den Arbeitsmarkt zu finden. Ziel des Pro-



AMS-Graz-Chef Hannes Graf, Stadträtin Elke Edlinger, Otmar Pfeifer (Sozialamt) und Gabriele Oberhumer (Verein ERfA): Soziallotsen-Projekt schafft eine Win-win-Situation für TeilnehmerInnen und Sozialamts-Klientel

SeniorInnenwohnungen, Tierbetreuung, Unterstützung in Haus und Garten und Einzugsbegleitung für MigrantInnen.

Gemeinnützige Arbeit schafft Zufriedenheit. AMS-Graz-Chef Dr. **Hannes Graf** lobt die Effizienz der Aktion-4000-Maßnahmen, die allein in Graz und Graz-Umgebung über 700 Personen zumindest vorübergehend

projektes Soziallotsen ist es, neben der Schaffung von Qualifizierungs- und Arbeitsmöglichkeiten auch ämter-, behörden- und einrichtungsübergreifendes Handeln in die Praxis umzusetzen.“ Alles in allem eine „Win-win-Situation“, freut sich Edlinger, „weil gemeinnützige Arbeit auch zur psychischen Zufriedenheit der ProjektteilnehmerInnen beiträgt.“

Arbeitsmarkt: „Die Prognosen sind teilweise zu pessimistisch“

Mit AMS-Steiermark-Chef Karl Heinz Snobe sprach Christian Stenner über die Entwicklung am steirischen Arbeitsmarkt im dritten Jahr der Wirtschaftskrise – und über die Erfolge der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Auf den ersten Blick findet am steirischen Arbeitsmarkt derzeit eine überraschende Entwicklung statt. Die Arbeitslosigkeit geht leicht zurück, gleichzeitig aber auch die Beschäftigung ... Das hängt, nehme ich an, mit den Maßnahmen zusammen, die das AMS vor allem im vergangenen Jahr, zum Teil aber auch schon zuvor, getroffen hat –, mit den Schulungen usw. Um welche Größenordnungen handelt es sich da aktuell?

Wir haben über 3000 Menschen mehr in der Schulung und einen leichten Rückgang bei der Arbeitslosigkeit. Wenn wir Arbeitslose und Menschen in Schulungen zusammenzählen, dann sehen wir, dass wir insgesamt mehr Kunden und Kundinnen haben – und das zeigt sich natürlich vor allem auch im Beschäftigungsrückgang. Es ist zudem trügerisch, die ersten Monate des Jahres 2010 mit 2009 zu vergleichen.

Und wenn man mit 2008 vergleicht? Wir hatten in den ersten acht Monaten 2008 die günstigste Situation seit den neunziger Jahren. Wenn wir Februar 2010 mit Februar 2008 vergleichen, sind die Beschäftigungsverhältnisse sogar um über 16.000 zurückgegangen. Zwischen 2009 und 2008 haben wir im Jahreschnitt einen Rückgang um 11.000 Beschäftigungsverhältnisse.

Die Statistik sagt, dass die Arbeitslosigkeit am stärksten bei den Hilfsberufen zurückgeht – warum ist das so?

Das hat in erster Linie mit den Arbeitskräfteüberlassern zu tun. Wir bemerken schon seit Dezember 2009 und noch stärker seit Beginn 2010 einen massiven Anstieg der Beschäftigung im Bereich der gewerblichen Arbeitskräfteüberlassung – und gleichzeitig auf der anderen Seite auch einen rapiden Rückgang der Arbeitslosigkeit in diesem Segment. Das heißt nichts anderes, als dass die Betriebe, denen es wieder etwas besser geht, wieder Personal einstellen, dass sie dies aber über Arbeitskräfteüberlasser tun, weil sie sich nicht sicher sind, ob dieser Aufwind ein nachhaltiger ist. Sie können nicht beurteilen, ob die Bestellungen ihrer Kunden bloß darauf zurückzuführen sind, dass diese jetzt ihre leeren Lager wieder auffüllen, oder ob es sich wirklich um eine anhaltende Verbesserung der Wirtschaftssituation handelt.

Auch im Dienstleistungsbereich zieht die Beschäftigung wieder an, viele der angebotenen Stellen sind klassische Frauenarbeitsplätze in den Bereichen Pflege, Gesundheit, Soziales. Da gibt es mittlerweile sehr erfreuliche Steigerungen von 20 bis 30 Prozent. Ich war heute in Gleisdorf, dort gab es im Februar um 40 Prozent mehr offene Stellen als im Vergleichsmonat 2009. Die KollegInnen berichten mir, dass die Betriebe nun auch wieder langsam FacharbeiterInnen zu suchen beginnen

Trifft das eher auf die kleineren Betriebe zu?

Ja, überwiegend auf kleinere Betriebe bzw. mittelständische Unternehmen, die aber auch den überwiegenden Anteil des Beschäftigungsvolumens in der Steiermark ausmachen.

Wie entwickelt sich das Verhältnis

zwischen binnenmarktorientierten und exportorientierten Betrieben, was die Beschäftigung betrifft?

Den binnenmarktorientierten Unternehmen geht es eindeutig besser. Der Export ist nach wie vor noch zurückhaltend, daher sind in der exportorientierten Industrie auch kaum erkennbare Beschäftigungszunahmen zu verzeichnen.

Im Industriebereich sieht es ja generell noch nicht so gut aus.



AMS-Chef Karl Heinz Snobe: „In der exportorientierten Industrie sind derzeit kaum Beschäftigungszunahmen zu verzeichnen, den binnenmarktorientierten Unternehmen geht's eindeutig besser“

Nein, obwohl wir punktuell auch aus diesem Sektor durchaus erfreuliche Rückmeldungen erhalten. Dabei sind zwei Sektoren zu unterscheiden, die ursprünglich gleichermaßen von der Krise betroffen waren: Zum einen der Automotive-Bereich, wo wir kaum eine Verbesserung feststellen können, auf der anderen Seite der Maschinenbau und der Elektro- und Elektronikbereich, der wieder etwas anzieht. Das betrifft Betriebe von Deutschlandsberg – EPCOS – bis Hinterberg – AT&S. Sie alle stellen wieder Leute ein, überwiegend natürlich solche, die bereits dort gearbeitet haben.

Entsprechend ist auch die Kurzarbeit stark gesunken, von fast 10.000 Personen – das war der Höchststand im März letzten Jahres – auf jetzt ca. 5000.

Davon allein 3000 bei Magna? In der Spitzenzeit waren es über 3000 bei Magna allein.

Wie lange kann die Kurzarbeit noch in Anspruch genommen werden? Die Dauer ist ja auf maximal 24 Monate verlängert worden.

Die meisten Betriebe haben mit der Kurzarbeit im Jänner und Februar 2009 begonnen, das heißt, die Kurzarbeit ist bei einem Großteil der Betriebe jedenfalls bis Ende dieses Jahres möglich. Die wenigen Betriebe, die vorher begonnen haben, wie etwa Magna, müssen spätestens im Herbst 2010 wieder damit aufhören. Wir merken, dass diese Betriebe mittlerweile schon weniger MitarbeiterInnen in Kurzarbeit haben und vor allem die geleisteten Arbeitsstunden wieder angestiegen sind. Zu vermerken ist weiters, dass einige Betriebe auf die Möglichkeit der Kurzarbeit mit Qualifizierung umgeschwenkt sind, womit das AMS Weiterbildungsmaßnahmen kofinanzieren konnte, was wir natürlich für besonders sinnvoll halten.

Seit September 2008 haben 79 Betriebe Kurzarbeit in Anspruch ge-

nommen, jetzt, am 16. März, waren es noch 21. Im Vorjahr hat das AMS 29,1 Mio Euro für Kurzarbeit bezahlt.

Eine weitere krisenbedingte arbeitsmarktpolitische Maßnahme, die offenbar stark in Anspruch genommen wird, ist die Bildungskarenz.

2008 hatten wir 300 Fälle, 2009 waren es bereits 2400 und in den ersten zwei Monaten des Jahres 2010 allein bereits 500. Die Bildungs-

karenz boomt – das ist zumindest mein Eindruck – unabhängig von der Krise. Voraussetzung ist ja nur ein bestehendes Dienstverhältnis und die Einigung mit dem Arbeitgeber – dann hat jede/r die Möglichkeit, bis zu einem Jahr das so genannte Weiterbildungsgeld in der Höhe des Arbeitslosengeldes zu beziehen.

Für ArbeitnehmerInnen, die in ihrer ursprünglichen Branche voraussichtlich keine Beschäftigung mehr finden werden, sind die verschiedenen Outplacementstiftungen gedacht.

Ja, die größten davon finden sich naturgemäß im Automotivebereich

onsbranche eingerichtet worden. Für die bundesweite Jugendstiftung AUFLEB ist in der Steiermark für 2010 ein Kontingent von 345 TeilnehmerInnen vorgesehen.

Die Krise wirkt sich nicht nur negativ auf die Beschäftigung aus, sie drückt auch die Löhne. Wie sind da die bisherigen Erfahrungen des AMS?

Wir merken das nur anhand vereinzelter Feedbacks, weil wir ja nicht die Möglichkeit haben, die Einkommen statistisch zu erfassen. Aber wenn arbeitslose Personen in der Probezeit freigestellt wurden oder selbst das Handtuch werfen, dann hören wir vermehrt die Klage: „Ich hätte beim gleichen Unternehmen wieder anfangen können, allerdings zu schlechteren Bedingungen. Dazu war ich nicht bereit und jetzt suche ich weiter.“ Bei Betriebsübernahmen passiert das fast regelmäßig. Wir sind natürlich froh, dass es Firmen gibt, die gestrauchelte Unternehmen auffangen und Mitarbeiter einstellen, aber die ÖBG-Vertreter in unseren Gremien berichten immer wieder, dass die Arbeitsverträge, die von den neuen Eigentümern angeboten werden, nicht mehr so interessant sind wie die vorhergehenden.

Aktuell im Gespräch ist die steigende Akademikerarbeitslosigkeit. Was merkt man in der Steiermark davon?

Wir können keine überproportional hohe Steigerung der AkademikerInnenarbeitslosigkeit feststellen. Was wir schwerer beurteilen können, ist, wie stark prekäre Dienstverhältnisse zunehmen, die AkademikerInnen gehäuft vorfinden. Entsprechende Rückmeldungen kommen jedenfalls von den Universitäten, mit denen wir eng zusammenarbeiten, in Graz z.B. auch vom Weiterbildungsinstitut der Universität, „Uni for Life“, mit dem wir eine Kooperation abgeschlossen haben.

Welche Studienrichtungen sind da besonders betroffen?

Bedauerlicherweise so gut wie alle. Mit Ausnahme der ErziehungswissenschaftlerInnen, die haben derzeit bessere Chancen, weil unsere Partnerorganisationen im Weiterbil-

steigen ist für die AbsolventInnen kaum mehr möglich. Man arbeitet projektorientiert und befristet, mitunter über Jahre hinweg.

Auch bei den Lehrstellen ist wieder eine kleine Trendwende erkennbar.

Ja, die Zahl der offenen Lehrstellen nimmt wieder leicht zu, aber auch die Zahl der vorgemerkten Lehrstellensuchenden. Das hat auch mit unseren Aktivitäten zu tun, wir haben erstmals heuer gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Steiermark alle Lehrbetriebe angeschrieben.

Es werden wieder mehr und durchaus interessante Lehrstellen angeboten, auch in den traditionellen handwerklich-technischen Bereichen. Da tun sich Möglichkeiten auf, die von den jungen Menschen zu meiner Überraschung dann mitunter gar nicht angenommen werden. Manchmal können wir interessante offene Lehrstellen nicht besetzen, weil Lehrstellensuchende ganz konkrete Vorstellungen davon haben, was sie erlernen möchten, und die decken sich leider nicht immer mit den Möglichkeiten.

Wir haben aufgrund der krisenhaften Situation 2009 unser Auffangnetz, die überbetrieblichen Lehr- ausbildungsstätten, ausgebaut – die sind jetzt auch voll. Das müssen wir jetzt wieder kritisch überprüfen: Viele Jugendliche, die nicht den ihnen zusagenden Ausbildungsplatz gefunden haben, steigen in unsere überbetriebliche Ausbildung ein, obwohl sie durchaus geeignet für eine Lehrstelle in einem Ausbildungsbetrieb wären.

Die Anzahl der überbetrieblichen Ausbildungsstellen ist 2009 um 111% Prozent angestiegen. Die kann man jetzt doch nicht wieder mit einem Federstreich abbauen.

Nein, wir können und wollen die jungen Leute nicht einfach rausschmeißen, wenn die dort fertig lernen wollen, dann haben sie ein Recht darauf. Wir fordern sie auf, in einen Lehrbetrieb zu wechseln, wenn ein solcher zur Verfügung steht; wenn sie das nicht wollen, dann können sie die begonnene Lehre innerhalb der überbetrieblichen Ausbildung fertig machen. 2009 hatten wir übri-

Outplacement-Stiftung	Besonderheiten	TeilnehmerInnen
Stahlstiftung	Unternehmensstiftung, Aufstockung eines bestehenden Projekts	2009: 550 TN 2010: 150 TN
Leiterplattenindustrie	Ab Februar 2009, Kosten teilen sich TeilnehmerInnen, Betriebsratsfonds, Land Stmk und Unternehmen; AMS zahlt Stiftungsarbeitslosengeld	Einstieg für 130 TN
Ausped III	Speditionsbranche, bundesweite Stiftung	Steiermark: 48 TN
Versandhandel	Gesamtkosten werden von Land, Unternehmen und TeilnehmerInnen getragen, AMS zahlt zusätzlich Stiftungsarbeitslosengeld	200 TN
Jugendstiftung AUFLEB	Ab Beginn 2010, bundesweite Stiftung; AMS fördert 45% der Bildungskosten	Steiermark: 345 TN
Holz	Ab September 2009; AMS zahlt Stiftungsarbeitslosengeld; den Rest der Kosten teilen sich Land, TeilnehmerInnen und Unternehmen	ca. 50 TN
MAGNA	Kosten teilen sich Land und AMS	Einstieg für 350 TN
Automotive und Zulieferbetriebe	Erweiterung; Kosten teilen sich Land, AMS und Unternehmen	Einstieg für 500 TN

Outplacement-Stiftungen in der Steiermark (für Personen, die nicht mehr in ursprünglichen Branche arbeiten können, weil die wirtschaftliche Situation der Unternehmen dies verbietet)

mit 500 TeilnehmerInnen, wobei für Magna eine eigene Stiftung mit 350 TeilnehmerInnen eingerichtet wurde, und im Stahlbereich. Weitere Stiftungen sind für die Leiterplattenindustrie, den Versandhandel, die Holzindustrie und die Spediti-

onsbereich zurzeit einen hohen Bedarf haben. Das sind sozusagen die Krisengewinner. Aber auch hier merken wir, dass die Dienstverhältnisse immer prekärer werden. Nach Ende der Ausbildung in ein normales Beschäftigungsverhältnis einzu-

gens 5918 Lehreinsteiger, davon haben 900 eine überbetriebliche Lehre begonnen.

Fassen wir's zusammen: Die Situation ist nicht besonders rosig. Die Situation hat sich etwas entspannt, weil

→ die Zahl der SchulungsteilnehmerInnen um 50 Prozent erhöht wurde. Wenn das Wachstum nicht kräftig anzieht – und nichts deutet darauf hin, dass es über die 2,5% steigen wird, die bloß zur Aufrechterhaltung der aktuellen Beschäftigungssituation nötig wären – dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder die öffentliche Hand stützt den Arbeitsmarkt weiterhin – dann bekommt sie ein Finanzierungsproblem. Oder man nimmt immer prekärere Arbeitsverhältnisse in Kauf.

Dass der Druck auf die Löhne steigt, ist leider eine Folge der aktuellen Si-

tuation. Persönlich bin ich aber der Meinung, dass die Prognosen teilweise zu pessimistisch sind. So sind die Frühwarnmeldungen für Entlassungen zwischen Februar 2009 und Februar 2010 österreichweit um 30% und in der Steiermark um 33% zurückgegangen. Über den Rückgang der Kurzarbeit habe ich schon gesprochen. Ein anderes Beispiel: Es wurde prognostiziert, dass wir von Insolvenzen überschwemmt würden – das ist auch nicht eingetreten. Ich glaube, dass wir, was die Arbeitslosenrate betrifft, relativ bald auch unter Einrechnung der Schulungs-

teilnehmerInnen ein echtes Minus gegenüber dem enorm hohen Wert von 2009 haben werden.

Wann soll das der Fall sein?

Ich hoffe, dass die Trendumkehr noch vor der Jahresmitte eintritt; damit revidiere ich meine eigene Prognose vom Dezember, damals habe ich noch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit für 2010 um mindestens 3000 Personen im Jahresdurchschnitt vorausgesagt.

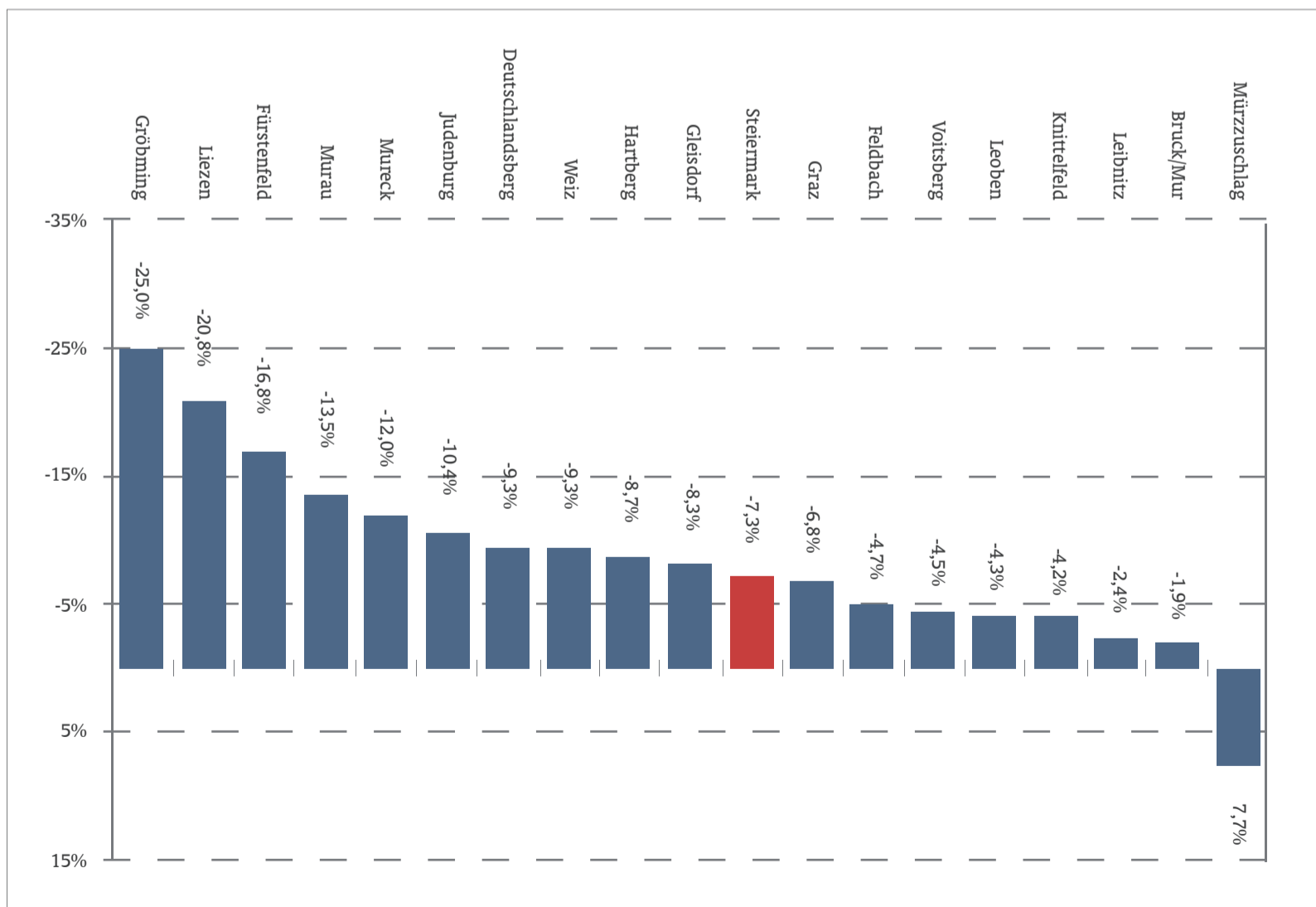
Noch einmal: Die Prognosen gehen von einem BIP-Wachstum von 1,8%

für 2010 aus; das ist laut gängiger Lehrmeinung um 0,7% zu wenig, um auch nur den aktuellen Beschäftigungsstand zu halten.

Ja, wir brauchen zweieinhalb Prozent nach alter Lehre. Es hat auch immer geheißen, wir müssen mit einer Zeitverzögerung von einem halben Jahr rechnen, bis sich die jeweilige Wirtschaftssituation auf den Arbeitsmarkt auswirkt – auch das scheint nicht mehr zu stimmen, der Arbeitsmarkt reagiert überraschend zeitnah.

Arbeitsmarktbezirke	Arbeitslose					Arbeitslosenquote		Zugang	Abgang
	aktuell	Vorjahr	Jugendliche (15-25 J.)	Ältere (ab 50 J.)	über 1 Jahr arbeitslos	Feb. 10	Feb. 09		
Bruck/Mur	2.318	2.364	405	452	101	10,4%	9,7%	590	956
Deutschlandsberg	2.125	2.344	327	478	62	11,1%	11,6%	485	1.294
Feldbach	2.233	2.342	333	459	40	12,6%	12,8%	470	1.659
Fürstenfeld	727	874	103	158	21	9,4%	9,7%	180	514
Gleisdorf	845	921	135	168	12	7,4%	7,4%	275	777
Graz	13.588	14.577	1.974	2.439	265	9,2%	9,4%	3.705	6.172
Gröbming	579	772	106	120	1	6,1%	7,2%	255	315
Hartberg	2.017	2.210	327	429	55	10,7%	10,8%	513	1.667
Judenburg	1.441	1.609	272	281	24	9,7%	9,6%	445	774
Knittelfeld	1.002	1.046	177	179	29	10,0%	9,5%	262	488
Leibnitz	3.466	3.551	555	693	140	13,0%	12,4%	623	1.902
Leoben	1.988	2.078	302	459	56	9,3%	9,2%	542	977
Liezen	1.537	1.941	236	330	73	7,6%	8,6%	432	769
Murau	870	1.006	119	242	10	9,9%	10,3%	255	615
Mureck	769	874	103	176	9	12,7%	12,5%	178	672
Mürzzuschlag	1.196	1.111	210	263	33	8,3%	7,1%	376	496
Voitsberg	2.022	2.118	337	412	42	10,7%	11,2%	537	939
Weiz	1.020	1.124	180	230	14	7,4%	7,5%	338	849

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den steirischen Bezirken. Quelle: AMS



Relative Veränderung der Arbeitslosigkeit im Vergleich März 2009/2010. Quelle: AMS

AVISO

Filme von Gerhardt Moswitzer-Hewiach im KIZ RoyalKino

Anlässlich des 70. Geburtstages des Künstlers realisiert das KIZ RoyalKino am 6. Mai 2010 (Beginn 20 Uhr) ein von **Gerhardt Moswitzer** lange geplantes Projekt und zeigt seine experimentellen Kurzfilme mit eigenen Kompositionen auf der großen Kinoleinwand. Mit einer Einführung von Willi Hengstler und anschließendem Empfang im Foyer des Kinos. Veranstaltungsort: KIZ RoyalKino, Conrad-von-Hötzendorf Straße 10, 8010 Graz. Infos und Anmeldung: Mag.^a **Heidi Oswald**, Akademie Graz, 0316/837985-13, heidi.oswald@akademie-graz.at

DiensTalk: Gefahr Islam?

Der nächste DiensTalk ist einem sehr gegenwärtigen und polarisierenden Thema gewidmet – der Titel: „Gefahr Islam?“. Es diskutieren Mag. **Christopher Drexler**, Klubobmann der Steirischen Volkspartei, Mag. **Josef Klamminger**, Sicherheitsdirektor der Steiermark, **Doron Rabinovici**, Schriftsteller, Essayist und Historiker; Moderation: Dr.ⁱⁿ **Gisela Hopfmüller**.

Dienstag, 13. April 2010, 19 Uhr, Steirische Volkspartei, Karmeliterplatz 6, 8010 Graz, Foyer, 1. Stock.

Unsere Jugend – fett, faul und süchtig?

Das Netzwerk A.L.K. wurde mit den sogenannten „Rauschbrillen“ von **Barbara Stöckl** zur Sendung „Unsere Jugend – fett, faul und süchtig?“ ins Studio eingeladen. **Barbara Supp**, ehrenamtliche Mitarbeiterin beim Netzwerk A.L.K., seit Jahren mit einem eigenen Unternehmen im Bereich der Suchtvorbeugung und Gesundheitsförderung tätig, wird am Ende der Sendung die Wirkung und Einsatzmöglichkeiten der Rauschbrillen vorstellen. Auch eine Delegation von Schülerinnen des BG+BRG Köflach darf bei der Aufzeichnung dabei sein. „Unsere Jugend – fett, faul und süchtig?“ bei Stöckl live, am 14.4.2010 um 20.15 Uhr im ORF2.

Kunstraum Next Andrá: „WahrheitNehmen“

Die Akademie Graz in Kooperation mit Next Andrá lädt zur Ausstellungseröffnung „WahrheitNehmen“ am Mittwoch, 14.04.2010 um 20:00 Uhr im Kunstraum Next Andrá, Kernstockgasse 20, 8020 Graz. Thema der Ausstellung ist die Vielschichtigkeit der Wirklichkeit in Bezug auf ihre unterschiedenen Wahrnehmungen. Das Konzept der Ausstellung gestalteten **Tanja Schantl** und **Mathias Janko** im Rahmen ihrer Diplomarbeit an der HT-BLVA Graz-Ortweinschule. Ausstellungsdauer: 15.04. bis 22.06.2010, Öffnungszeiten: Di - Sa 14:00 - 18:30 Uhr.

Der Blick in/durch den Spiegel

Die Kulturvermittlung Steiermark präsentiert ausgewählte Einreichungen zum Fotowettbewerb, der heuer am Akademischen Gymnasium Graz durchgeführt wurde. Am Dienstag eröffnet die Fotowettbewerbsausstellung im Grazer Rathaus, Landhausgasse 2, 2. Stock. Ausstellungsdauer: 14. April bis 7. Mai 2010, Öffnungszeiten: Mo - Fr 8.00 - 18.00 Uhr, an Feiertagen geschlossen, Eintritt frei!

Kampf gegen die Armut – in Österreich und Europa

„In Österreich sind zwar viel weniger Menschen von Armut betroffen als im Durchschnitt der Europäischen Union, aber jeder von Armut Betroffene in unserem Land ist einer zuviel“, stellte Bundesminister Rudolf Hundstorfer anlässlich der ersten, in Graz abgehaltenen Konferenz des Programmes fest, das Österreich im Rahmen des europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung durchführt.

Die Broschüre „Gemeinsam gegen Armut“, die anlässlich der Konferenz vorgelegt wurde, zählt beunruhigende Fakten auf: So sind z.B. 29% der 320.000 Ein-Eltern-Haushalte armutsgefährdet, 20% sind sogar manifest arm. Dabei wäre der finanzielle Aufwand, um allen Gefährdeten ein

manchen Bundesländern nur mit ein paar Wochen Verzögerung gelingt.“ Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser unterstrich seine Bereitschaft, für eine 14-malige Ausbezahlung der Mindestsicherung zu kämpfen: „Es ist mehr als schwierig, von 12 x 744,- Euro zu leben.“ Und: „Wir haben zu viele Jobs, die schlecht bezahlt sind – ausreichend bezahlte Arbeit ist die beste Armutsbekämpfung.“ An die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes sei allerdings nicht gedacht, stellte Hundstorfer klar, sondern nur an eine Ausweitung der Kollektivverträge und eine Anhebung der Mindestkollektivverträge auf 1300,- Euro brutto.

Voves gegen Neiddebatte. Der steirische Landeshauptmann Franz Voves konnte vor Konferenzbeginn mit Stolz

Ein „Aktionsprogramm gegen Armut“ für Graz. Die Grazer Sozialstadträtin Elke Edlinger stellte das Aktionsprogramm gegen Armut vor, an dem insgesamt 150 Personen – NGO-MitarbeiterInnen ebenso wie Betroffene – mitgewirkt haben und das innerhalb des Kompetenzbereiches der Stadt umsetzbare Maßnah-

men enthält. Darunter fallen etwa die Einrichtung eines sozialen Nahversorgers, wo Dinge des täglichen Bedarfs zu günstigen Preisen erhältlich sind, ein Frühwarnsystem bei Stromzahlungsrückständen, die Einführung einer ActivCard, die unter anderem den vergünstigten Zugang zum öffentlichen Verkehr ermög-

licht, und Maßnahmen zur Unterstützung von ehrenamtlich Tätigen. Ähnliche konkrete Schritte wurden auch im obersteirischen Kapfenberg gesetzt, das dort angewandte Programm sei ein Musterbeispiel für mittlere Städte, betont Hundstorfer.



StRin Elke Edlinger, BM Rudolf Hundstorfer, LH Franz Voves und LH-Stv. Siegfried Schrittwieser bei der Ersten Regionalkonferenz zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Einkommen über dem Armutsgefährdungsschwellenwert zu ermöglichen, verhältnismäßig gering: 1,75 Mrd., das sind 0,6% des BIP, würden reichen.

14-malige Mindestsicherung, aber kein gesetzlicher Mindestlohn. Allerdings, so der Minister, gebe es kein Patentrezept gegen Armut; mit der Mindestsicherung habe man aber einen wichtigen Schritt getan: „Wir sind das einzige Land, wo es geglückt ist, einen Beschluss über eine Ausdehnung der Sozialhilfe zu erreichen; da ist es zweitrangig, ob die legislative Umsetzung in

auf den 6,6%-igen Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Steiermark verweisen, er äußerte sich „angewidert über den Zynismus und die Menschenverachtung“, mit der die Neiddebatte über die Mindestsicherung geführt werde – diese diene der Absicherung jener, „die es wirklich brauchen“, die Regeln für den Bezug seien sehr streng. Es sei unverständlich, dass gerade in der Krise die Zahl jener steige, die meinen, dass die Sozialausgaben zu hoch seien, er appelliere an jene, denen es besser gehe, mehr Verständnis für diejenigen aufzubringen, die in Schwierigkeiten seien.

Soziodemografisches Merkmal	Armutsgefährdung in Prozent
Langzeitarbeitslose	43
Ausländ. Staatsbürgerschaft (EU/EFTA)	30
Ein-Eltern-Haushalt	29
Allein lebende Frauen mit Pension	24
Maximal Pflichtschulabschluss	22
Eingebürgert	21
Allein lebende Frauen ohne Pension	20
Mehrpersonenhaushalt plus mindestens 3 Kinder	20
Allein lebende Männer ohne Pension	16
Mehrpersonenhaushalt mit Pension	13
Durchschnitt	12
Österreichische Staatsbürgerschaft	11
Mehrpersonenhaushalt plus 2 Kinder	10
Lehre / mittlere Schule	9
Mehrpersonenhaushalt plus 1 Kind	9
Matura	8
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder, ohne Pension	6
Universitätsabschluss	6

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

	Gesamt		Manifeste Armut	
	In 1000	In 1000	In 1000	Quote in %
Insgesamt	8242	492		6
Haushaltstyp				
Ein-Eltern-Haushalt	320	63		20
Allein lebende Frauen mit Pension	415	52		13
Allein lebende Frauen ohne Pension	305	33		11
Allein lebende Männer mit Pension	128	13		10
Mehrpersonenhaushalt plus mindestens 3 Kinder	754	73		10
Allein lebende Männer ohne Pension	412	39		9
Mehrpersonenhaushalt plus 2 Kinder	1502	63		4
Mehrpersonenhaushalt mit Pension	1096	44		4
Mehrpersonenhaushalt plus 1 Kind	1351	51		4
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1957	59		3

Mindestsicherung, Transferkonto & Co in Diskussion

Spannende Debatte beim DiensTalk der steirischen Volkspartei am 23. März: Zum Thema „Einkommen ohne Arbeit. Mindestsicherung/Transferkonto: Zahlt sich Arbeiten überhaupt aus?“ diskutierten der Wiener Ökonom Alois Guger, der steirische Sozialwissenschaftler Franz Pretenthaler und der Wiener Meinungsforscher Günther Hajek.

Zur Erinnerung: Pretenthaler legte vor wenigen Monaten eine Studie vor, die nachweisen wollte, dass Transferleistungen den Willen zur Erwerbsarbeit untergraben, weil unter bestimmten Bedingungen Mehrarbeit nicht zu Mehreinkommen führt (nämlich dann, wenn die Verdienstgrenze überschritten wird, bis zu welcher die Transferleistung ausbezahlt wird – KORSO berichtete in seiner Märzausgabe ausführlich). Dies trifft allerdings nur auf eine einzige Transferleistung zu, nämlich auf das unter Schwarzblau eingeführte Kinderbetreuungsgeld, für das damals ja genau mit der

Erhöhung der Wahlfreiheit zwischen Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung argumentiert wurde.

Wenn Arme zu viele Kinder kriegen. Pretenthaler sieht darin jedenfalls, wie er bei der Veranstaltung ausführte, „den Anreiz, dass Arme Kinder bekommen, die dann nicht studieren“ und damit der Armutsfalle entkommen könnten – und positionierte sich damit klar gegen die Veranstalterin, die diesen Vorwürfen nicht entgegengetreten konnte, weil kein/e ÖVP-PolitikerIn am Podium teilnahm. Guger legte dar, dass die geschilderten Effekte bei monetären Leistungen notwendigerweise auftreten – „darum wären auch Sachleistungen wie entsprechende Kinderbetreuungsangebote sinnvoller.“ Nicht folgen konnte er der Argumentation Pretenthalers für ein Transferkonto bzw. eine „Transparenzdatenbank“, die den angeblichen Missbrauch von Sozialleistungen aufdecken soll: „Sozialmissbrauch passiert mit Schwarzarbeit und Schwarzgeschäften – den bekommt man mit einer Transpa-

renzdatenbank nicht weg, sondern nur mit strengen Kontrollen.“

Umverteilung ist auch makroökonomisch sinnvoll. Während Pretenthaler sich darum sorgt, „was mit dem Geld passiert, das dem einen Bürger aus der

Tasche gezogen und dem anderen hineingesteckt wird“, outete sich Guger als Fan der Umverteilung: „Es ist sinnvoll, Kaufkraft von den Vermögenden wegzubekommen, die nicht wissen, was sie damit tun sollen, und jenen zu geben, die sie direkt auf den Markt bringen“ –

die aktuelle Krise sei ja zum Teil darauf zurückzuführen, dass zu wenig für die ökonomische Nachfrage getan wurde, „der Binnenmarkt wurde vernachlässigt.“ Entsprechend warnte Guger auch vor einer Fortsetzung des aktuellen Lohndumpings im Niedriglohnbereich und plädierte für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Sozialleistungen könnten in der Prosperität hinterfragt werden – nicht in der Krise. Hajek trat dafür ein, die Debatten um Mindestsicherung und Transferkonto voneinander zu trennen, die Position Gugers, der in der Diskussion um das Transferkonto bloß eine „Sozialschmarotzerdebatte unter einem anderen Titel sieht“, könne er nicht teilen, „weil ja niemand darauf zugreifen kann.“ Auf viel Zustimmung – auch im Publikum – traf seine Feststellung: „Eigentlich sollte es ja umgekehrt sein: In Zeiten der Prosperität sollten sich die Menschen fragen, ob Sozialleistungen nötig sind – nicht in Zeiten der Krise.“



Heiße Diskussion beim „DiensTalk“: Franz Pretenthaler (links) und Alois Guger

Neustart in den Arbeitsmarkt mit den steirischen Produktionsschulen

„Keine wirkliche Entspannung am Arbeitsmarkt“ ortete Sozialminister Rudolf Hundstorfer anlässlich eines seiner jüngsten Graz-Besuche. Gleichzeitig werde aber auch die Wirksamkeit staatlicher Interventionen sichtbar: So sei die Arbeitslosigkeit bei 15- bis 19-Jährigen dank der staatlichen Ausbildungsgarantie und wegen Programmen wie „Zukunft Jugend“ bereits seit mehreren Monaten rückläufig.

Zielgruppen: „arbeitsmarktfremde“ Jugendliche. Gemeinsam mit Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser und AMS-Steiermark-Chef Karl Heinz Snobe stellte Hundstorfer ein weiteres Programm vor, das sich an Jugendliche zwischen 15 und 25 richtet, die Schwierigkeiten haben, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen: So genannte „Produktionsschulen“, deren vier nun in der Steiermark ihre Tätigkeit aufnehmen bzw. bereits aufgenommen haben – in ganz Österreich werden es 19 sein. „Wir wollen damit die Entwicklung eines positiven Zuganges zur Arbeit fördern“, sagt Schrittwieser, in diesen Bildungsstätten solle vor allem die Entwicklung sozialer Kompetenzen, der Erwerb von Schlüsselqualifikationen und die berufliche Orientierung gefördert werden. Ziel-

gruppen sind unter anderem SchulabbrecherInnen, junge Menschen mit Entwicklungskrisen oder Selbstwertmangel und Jugendliche mit Migrationshintergrund, daher verfolgen die Produktionsschulen einen ganzheitlichen Betreuungsansatz und arbeiten mit interkultureller Pädagogik; die Hälfte der SchülerInnen sollen Frauen sein.

Praktische Arbeit als Mittel gegen Motivationsschwierigkeiten. „Das innovative Modell der Produktionsschulen verbindet sozialpädagogische Betreuung und am Arbeitsmarkt orientierter Produktionsarbeit in hauseigenen Werkstätten. Das Angebot schafft optimale Voraussetzungen für einen erfolgreichen Jobeinstieg oder weiteren Bildungsweg“, erläutert Hundstorfer die Intention der neuen Einrichtung. Für AMS-Chef Snobe kommen die Produktionsschulen zum richtigen Zeitpunkt: „Die Motivationsschwierigkeiten bei Jugendlichen nehmen zu, überbetriebliche Lehrwerkstätten sind für diese Zielgruppe nicht so ideal, weil dort die klassische Schulsituation gegeben ist; in der Produktionsschule steht hingegen die praktische Tätigkeit im Vordergrund.“ Standorte sind Graz, Deutschlandsberg, Leoben und Kapfenberg, der

Betrieb wird mit jeweils 24 bis 36 SchülerInnen aufgenommen, im Endausbau sollen es dann 220 bis 230 Personen sein. Da die Verweildauer zwischen sechs und maximal 12 Monaten betragen soll, werden bis Ende 2011 insgesamt ca. 450 Jugendliche in den Genuss eines solchen Arbeitstrainings kommen.

Zu 85% erfolgreich. Die Ausbildungen umfassen je nach Standort den Gastro-, Holz-, Textil-, Metall- und Dienstleistungsbereich sowie Handel und Verkauf. In Graz werden – unter anderem – etwa Sonnensegel und Holzplatten für Skateboard gefertigt werden, es ist sowohl an Eigenproduktion als auch an Auftragsproduktion für Firmen gedacht. Als Trägerorganisationen fungieren Jugend am Werk und BBRZ. Die Kosten für die Produktionsschulen betragen 3,7 Millionen Euro, davon kommen 1,8 Mio aus dem Europäischen Sozialfonds, 1,1 Mio vom Bund und 900.000 Euro vom Land Steiermark. Geld, das laut Hundstorfer gut angelegt ist: In Oberösterreich, wo das Modell bereits erprobt wurde, fanden 85% der Jugendlichen nach Absolvierung der Produktionsschule einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz.

cs

„Durch Erfolg im Tun wieder Selbstwert schöpfen“

BBRZ und „Jugend am Werk“ sind die beiden Trägerorganisationen, die die steirischen Produktionsschulen betreiben. KORSO SozialFORUM sprach mit „Jugend am Werk“-Geschäftsführer Walerich Berger.



Jugend-am-Werk-Geschäftsführer Walerich Berger

Woher kommt der Name ‚Produktionsschule‘? Die Jugendlichen, die damit angesprochen werden sollen, haben ja in ihrer Mehrheit eher schlechte Erfahrungen mit der Schule gemacht.

Die Produktionsschule ist in der Tat keine Schule, weil die praktischen Tätigkeiten im Vordergrund stehen. Der Begriff stammt aus Dänemark, wo die ‚Produktionsschulen‘ ein vollwertigen Teil des regulären Bildungssystems darstellen.

Das heißt, es gibt auch irgendeine Form von Abschluss?

Die Jugendlichen bekommen abschließend ein Zertifikat, das über die Inhalte der erworbenen Qualifikationen Auskunft erteilt.

In einer Form, mit der ein künftiger Lehrherr etwas anfangen kann?

In Form einer Kompetenzbeschreibung, einer Art von Portfolio. Ein Jugend-am-Werk- oder BBRZ-Zeugnis würde ja für die betriebliche Integration nicht viel bringen. Es geht uns ja primär darum, dass die Jugendlichen durch Erfolg im Tun wieder Selbstwert schöpfen.

Das heißt, auch die Kompensation der Grundbildungsdefizite passiert direkt während der praktischen Arbeit?

Es gibt einen Wochenplan, an dem sich die Jugendlichen orientieren können; im Vordergrund steht der Werkstatt-Teil, 50% sind praktische Tätigkeit. In einem zweiten Schritt erfolgt dann das Nachholen schulischer Kenntnisse.

Wie sieht es mit der Evaluierung aus?

Die ist uns ganz wichtig. Wir möchten im Austausch mit den schon bestehenden Produktionsschulen einen Standard definieren, dessen Ziel darin besteht, die Jugendlichen bestmöglich in Richtung Facharbeit zu orientieren.

„Ich habe hier schon sehr viel gelernt – es macht großen Spaß“

Freitag Vormittag in der Produktionsschule des BBRZ in der Grabenstraße. Jugendliche aller Nationalitäten und Altersstufen vom quirligen Fünfzehnjährigen bis zur 25-jährigen jungen Dame tummeln sich in den Räumlichkeiten, gerade ist Pause. Es herrscht eine angenehm entspannte freundschaftliche Atmosphäre, einige der Kids kümmern sich ohne großartige Anleitung um die gemeinsame Jause, bringen uns auf Bitte der Leitung Kaffee in den Besprechungsraum.

„Wir sind schon im Jänner gestartet“, erzählt Martina Theis, die Koordinatorin der Schule, „derzeit nehmen 33 Jugendliche an unserem Programm teil.“ Die TeilnehmerInnen sind zwischen 15 und 25, 60% verfügen über Migrationshintergrund – das ist eine politische Vorgabe, weil viele dieser Kids besondere Probleme haben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, nicht wenige davon wegen mangelnder Sprachkenntnisse. Hermann Theussl, Leiter des Vereins zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung des BBRZ, des Trägers der Schule: „Unser Angebot richtet sich vornehmlich an Jugendliche, die bereits mehrere gescheiterte Versuche der Integration in den Arbeitsmarkt hinter sich haben.“

„Ich weiß, dass ich in der Gastronomie weiterarbeiten will.“ Einer davon ist der 16-jährige Stefan: Er hat die Hauptschule absolviert, dann, nach einem Jahr Bautechnik an der HTL ist er in eine andere Schule gewechselt, danach war er eine Zeitlang an der Handelsschule – „das hat mich aber nicht wirklich interessiert“. Danach war er arbeitsuchend gemeldet, hat einen Kurs bei PASCH absolviert und danach eine Lehrstelle als Restaurantfachmann gefunden. „Da war ich aber einen Monat während der Probezeit im Krankenstand, deswegen haben sie mich nicht behalten.“ Nun ist



Stefan und Ruken in der Küche – beide möchten nach der Produktionsschule in der Gastronomie arbeiten.

er seit Februar in der Produktionsschule im Fachbereich Gastronomie – und es gefällt ihm: „Die Betreuer gehen sehr freundlich mit uns um, das ist schon sehr angenehm. Ich weiß jedenfalls, dass ich in der Gastronomie weiterarbeiten und eine Koch-/Kellner-Lehrer absolvieren möchte.“

32 Wochenstunden. Es gibt aber auch Jugendliche hier, berichtet Theussl, die bis jetzt in keiner Maßnahme waren und keinerlei Berufserfahrung aufzuweisen haben. Auch darum steht die Praxis im Vordergrund – die meisten müssen überhaupt erst mit ihren Arbeitsgeräten und Werkzeugen vertraut werden. Ne-

ben dem Gastronomie-Bereich werden auch die Sparten Metall/Holz, Textil und Design und Büro/Handel angeboten. Die Kids verbringen 32 Stunden in der Schule, Montag, Dienstag und Donnerstag arbeiten sie von 08:00 bis 16:00 unter der Anleitung von Fachpersonal im jeweiligen Produktionsbereich, am Mittwoch und Freitag Vormittag steht je nach Bedarf Deutsch als Fremdsprache, EDV-Basistraining, Lernförderung und alles Sonstige am Programm, was einer pädagogischen Intervention bedarf.

Dinge, die wirklich gebraucht werden. Lassen sich die Jugendlichen motivieren? Theis: „Ja, sie sind nur zu bereit zu

lernen, der Erfolg liegt darin begründet, dass die Dinge, die sie tun und produzieren, auch wirklich gebraucht werden“ – wie etwa die Jause, die Stefan, seine Kollegin Ruken (18) und ein paar weitere Jugendliche heute für ihre KollegInnen und die BetreuerInnen bereitet haben. Ruken kommt aus der Türkei und lebt seit drei Jahren in Österreich, sie hat schon ein Praktikum bei KIK und eines bei OBI absolviert, bleiben konnte sie nicht. Sie weiß auch, dass das an ihren mangelnden Sprachkenntnissen lag – „aber ich hier schon sehr viel Deutsch gelernt“, strahlt sie. „Es macht großen Spaß.“ Anders als Stefan möchte sie keine Ausbildung mehr machen, sondern nach Möglichkeit gleich nach der Produktionsschule in einem Gastrobetrieb zu arbeiten beginnen. Vorerst wird sie aber wie alle anderen KollegInnen noch ein Betriebspraktikum absolvieren, das auch den BetreuerInnen Aufschluss darüber geben wird, wie gut sie sich in einen Betrieb integrieren kann. Viel Glück, Ruken! cs

Hermann Theussl und Martina Theis mit einem Kunstwerk, das von Jugendlichen der Sparte Textil/Design gemalt wurde



Theaterprojekt wird politisch wirksam

„InterACT“, Werkstatt für Theater und Soziokultur, hat etwas geschafft, wovon andere Kunstprojekte, die sich gerne als gesellschaftsrelevant sähen, nur träumen können: Die Forumtheater-Crew hat mit ihren Aufführungen, mit denen sie ins Herz der Politik vorgedrungen ist, wichtige sozialpolitische Entscheidungen positiv beeinflusst.

Ganze 12,5% der SteirerInnen – 150.000 Menschen – sind armutsgefährdet, 6% (in absoluten Zahlen: 70.000) sind manifest arm. Ohne Sozialleistungen wären es 43%. Relevant genug, das Thema auf die Bühne zu bringen. So entwickelte InterACT unter der Leitung von Michael Wrentschur das Forumtheaterstück „Kein Kies zum Kurven Kratzen“. Der Plot: Eine Familie gerät immer tiefer in die Armutsspirale. Das Besondere daran: Das Stück wurde in 18 Aufführungen mit über 1000 TeilnehmerInnen weiterentwickelt, wie es dem Forumtheater-Gedanken entspricht. Lösungsvorschläge der ZuschauerInnen für die dargestellten Probleme können diese dabei gleich direkt vor Ort ausprobieren, indem sie ins Stück „einsteigen“.

Positive Reaktionen der Abgeordneten. Das InterACT-Team fasste dann jene Vorschläge, die immer wieder genannt wurden, zusammen; das Stück wurde am 17. Juni

Dokumentarfilmes über die Landtags-Aufführung ins Rechbauerkinio eingeladen“, berichtet Wrentschur weiter. Der Landtag richtete dann einen Unterausschuss ein, der die Ressorts mit den Vorschlägen konfrontierte, diese gaben ihrerseits ihre Stellungnahmen ab – „und dann wurden wir am 24. März 2010 in den Unterausschuss eingeladen.“ Mit dabei: Betroffene, die nicht nur authentisch über ihre Probleme berichteten, sondern auch konstruktive Vorschläge machten – „die unserer Einschätzung nach von den Abgeordneten durchaus positiv aufgenommen wurden.“ Unter anderem wurde das Recht auf gute Information und qualifizierte unabhängige Beratung eingefordert; nachdem die ursprünglich für die Auszahlung der Mindestsicherung geplanten „One-Stop-Shops“ vom Tisch sind, sollen regionale Beratungszentren eingerichtet werden. Die zweite Forderung: Flexible Zuverdienstgrenzen, damit die Betroffenen nicht wegen ein paar Euro Zuverdienst um die Mindestsicherung umfallen – „dies vor allem unter dem Aspekt, dass die Mindestsicherung weit unter der Existenzsicherungsgrenze liegt.“ Der dritte Vorschlag: Die Einführung von Ausbildungsstipendien und finanzielle Unterstützung für Jugendliche zwischen 15 und 18, die aus schwierigen Verhältnissen kommen, denn „für StudentInnen gibt es zwar Stipendien, aber nicht für Leu-



Brachten die Armuts-Problematik in den Landtag: Das InterACT-Team mit „Kein Kies zum Kurven Kratzen“

2008 im steirischen Landtag gespielt, „danach haben wir die Forderungen und Vorschläge der Betroffenen den SozialsprecherInnen der Fraktionen – den Abgeordneten Martina Schröck, Edith Zitz, Gregor Hammerl und Ernest Kaltenecker – präsentiert. Die Reaktionen waren durchwegs positiv.“ Im Herbst 2008 wurde dann eine der zentralen Forderungen erfüllt: Der Landtag beschloss die Abschaffung des Regresses bei der Sozialhilfe, der viele Anspruchsberechtigte davon abgehalten hatte, die ihnen zustehende Leistung abzuholen.

Konstruktive Vorschläge. „Weil weitere Beschlüsse auf sich warten ließen, haben wir die Abgeordneten dann Ende 2008 zur Vorführung des

te unter 18“. Die vierte Forderung: „Gerade im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung muss die institutionalisierte Partizipation von Betroffenen gefördert werden.“

Auf nach Wien. „Kein Kies zum Kurven Kratzen“ hat inzwischen den nächsten Schritt geschafft: Im November soll die Truppe auf Einladung von Parlamentspräsidentin Barbara Prammer vor den Mitgliedern verschiedener Ausschüsse auftreten, die mit der Mindestsicherungs-Materie beschäftigt sind. Und eine aktualisierte Form des Stückes soll entwickelt werden – diesmal unter Einbeziehung von Betroffenen aus ganz Österreich.

| cs

„Anzetteln“ gegen zunehmende Armut

Steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, Abgleiten in die Armutsfalle ... eine Entwicklung, die in drei Jahrzehnten Neoliberalismus stetig vorangeschritten ist, hat sich durch die Krise weiter beschleunigt.

Im Rahmen der Wahlkampf-Kampagne „Anzetteln“ will die steirische Sozialdemokratie verstärkt auf die Gründe für die zunehmende Armut aufmerksam machen und Konzepte dagegen entwickeln. Dafür holte sich Kampagnen-Koordinatorin Claudia Kürzl Verstärkung aus dem NGO-Bereich – z.B. den Präsidenten der Volkshilfe Österreich, Univ.-Prof. Josef Weidenholzer, Christof Lösch von der SchuldnerInnenberatung und Gabriele Oberhumer vom Verein ERFA.

Volkshilfe-Weidenholzer fordert gesetzlichen Mindestlohn von 1300 Euro. Weidenholzer zeichnet ein düsteres, wenngleich realistisches Bild der aktuellen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftssituation: „Wie im Jahr 1938 sind 400.000 ÖsterreicherInnen arbeitslos, 7000 Unternehmen gehen jährlich in Konkurs.“ Der eigentliche Skandal aber sei, dass „unter der Million ÖsterreicherInnen, die armutsgefährdet ist, 250.000 eine Arbeit haben – und unter den 500.000 akut Armen noch immer 90.000 ‚working poor‘ sind“ – das ist eine gesellschaftliche Zeitbombe. Von daher sei die Diskussion darüber, dass die Mindestsicherung zu Missbrauch verleite, unfair gegenüber den Betroffenen: „Sollte es stimmen, dass die Mindestsicherung dazu führt, dass eine Arbeit verweigert wird – was ohnehin wegen der strengen Bedingungen kaum möglich ist –, dann muss man sich fragen, ob die Löhne nicht zu niedrig sind. Wir brauchen keine Spaltung der Gesellschaft durch kampagnenartige Missbrauchsdebatten, sondern aktive Politik gegen Armut.“ Eine konkrete Maßnahme sieht Wei-

denholzer in der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in der Höhe von 1300,- Euro brutto nach dem französischen Beispiel – in Frankreich gilt derzeit ein Mindestlohn von 1337,70 Euro brutto für eine 35-Stunden-Woche. Er appelliert auch an die Gewerkschaften, ihre Ablehnung eines solchen Mindestlohnmodells aufzugeben.

Konkrete Hilfe: SchuldnerInnenberatung und Beschäftigungsprojekte. Wer schon in Armut abzugleiten droht, benötigt effiziente Hilfe – wie sie z.B. die Schuldnerberatung oder

für die Projekte ihres Lebensgefährten übernommen haben. „Da übersteigen allein die Verzugszinsen den aus der Gehaltsexekution erzielbaren Betrag um ein Zigfaches.“ Mit der Möglichkeit des Privatkonkurses sei ein Ausweg eröffnet worden, der den Betroffenen wieder Perspektiven eröffnet. Gabriele Oberhumer von ERFA betont die Notwendigkeit aktivierender und unterstützender Beschäftigungsprojekte am zweiten Arbeitsmarkt: „Es gibt immer mehr Menschen, die den Anforderungen am Arbeitsmarkt nicht gewachsen sind.“ Diesen bieten die ERFA-Pro-



Lösch, Oberhumer, Weidenholzer, Kürzl; NGOs und steirische Sozialdemokratie entwickeln Konzepte gegen die Armut

der Verein ERFA leisten. „Die Schuldenkrise der privaten Haushalte hat sich schon vor der Wirtschaftskrise manifestiert“, sagt Christof Lösch von der Schuldnerberatung, „weil der Sozialstaat nicht mehr mit den neoliberal geprägten Rahmenbedingungen mithalten konnte.“ Besonders gefährdet seien Alleinerzieherinnen, vor allem dann, wenn sie, was häufig vorkommt, Bürgschaften

Arbeitsplätze nach ihren individuellen Möglichkeiten, von stundenweiser bis zur Vollzeitbeschäftigung. Was die Mindestsicherung betrifft, fordert Oberhumer flexible Zuverdienstmöglichkeiten – „denn bei ihrer derzeitigen Höhe stellt sich wohl weniger die Frage, ob jemand die Mindestsicherung ausnützt, sondern eher, ob man davon leben kann.“

| cs

Zentren für Ausbildungsmanagement neu aufgestellt

Die Steiermark zählt neun „Zentren für Ausbildungsmanagement“ (ZAM); diese bieten im Auftrag des Arbeits- und Sozialressorts und des Arbeitsmarktservice Beratung, Orientierung und Unterstützung bei der Umsetzung von Qualifizierungsmaßnahmen, um Frauen bessere Chancen am Arbeitsmarkt zu eröffnen. Diese frauengerechten Orientierungs- und Qualifizierungsmodelle tragen auch in hohem Ausmaß den Erfordernissen der Wirtschaft Rechnung.

Ausgehend von den Erfahrungen und Ressourcen dieser miteinander vernetzten Zentren gründet das Arbeitsmarktservice nun gemeinsam mit dem Land Steiermark ein neues, vereinheitlichtes „Zentrum für Ausbildungsmanagement“ als GmbH, als Geschäftsführerin ist die bisherige Frauenreferentin des AMS, Mag.^a Renate Frank, vorgesehen, als Aufsichtsratsvorsitzende Frauenlandesrätin Mag.^a Elisabeth Grossmann.

Wichtig: Orientierung auf Handwerk und Technik. Beratung, Orientierung, Perspektivenerweiterung und Qualifizierung in auch nicht traditionelle Frauenberufe stehen weiterhin im Mittelpunkt des Projektes. Dieses Maßnahmenbündel bietet Frauen ab 19 Jahren die Möglichkeit, individuelle Qualifizierungsangebote zu erhalten. „Im Rahmen der Per-

spektivenerweiterung wird neben den klassischen Orientierungsmodulen wie Berufe mit Zukunft, Trends am Arbeitsmarkt, persönliche Fähigkeiten und Stärken besonders

angewiesen. Das Zentrum für Ausbildungsmanagement (ZAM) wird nun mit der Gründung einer GmbH zur weiteren Umsetzung der operativen Tätigkeitsfelder in der Steier-



Frauen für nicht traditionelle Berufe zu qualifizieren wird auch in Zukunft ein ZAM-Schwerpunkt sein

in Richtung Handwerk und Technik gearbeitet“, berichtet Sozial- und Arbeitslandesrat Siegfried Schrittwieser. Und Grossmann unterstreicht: „Gerade in der Wirtschaftskrise sind Frauen besonders auf Unterstützung

mark die Förderung arbeitsuchender und arbeitsloser Frauen weiter optimieren. Es freut mich, dass der neue Rahmen damit gefunden ist und die Zukunft sichergestellt wurde.“

| cs

Mit JobConnect den richtigen Start ins Berufsleben finden!

Das Finden einer passenden Stelle gestaltet sich für jugendliche Arbeitssuchende vor dem derzeitigen wirtschaftlichen Hintergrund alles andere als einfach.

Der heimische Arbeitsmarkt hat trotz einer leichten Trendwende seit Jahresbeginn das dunkle Tal der Krise bei weitem noch nicht durchschritten, warnen Experten vor einem frühzeitigen, unangebrachten Optimismus. Immerhin beginnt sich ein leichter Hoffnungsschimmer abzuzeichnen, denn die Zahl der offenen Stellen stieg zuletzt wieder leicht an (+21,8 % gegenüber dem Vorjahr) und bei der „Problemgruppe“ der Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit im April um rund 11% zurückgegangen. Diese zumindest gedämpft erfreuliche Entwicklung ist nicht zuletzt die positive Folge von steirischen Initiativen, die zielgerichtet auf die maßgeschneiderte Beratung bei Auswahl eines Arbeitsplatzes bzw. die Vermittlung von jugendlichen Arbeitskräften an passende Stellen abgestimmt sind.

Den Sprung in die Karriere schaffen.

Mit der Initiative JobConnect unterstützt das Land Steiermark seit dem Frühjahr 2009 junge Menschen (zunächst mit Matura oder Studienabschluss) bei der Jobsuche sowie die Betriebe, die neue Jobs für Jugendliche schaffen. Mit dem speziell auf die Bedürfnisse junger Menschen zugeschnittenen Projekt soll Jugendlichen unter 27 Jahren die Chance zum Berufseinstieg geboten werden, erklärt der Projektleiter Ing. Dieter Sponer von JobConnect: „Jene Unternehmen, die mindestens neun Monate lang eine Beschäftigung für diese Zielgruppe bieten, erhalten für ein halbes Jahr einen substantiellen Lohnkostenzuschuss – ein Modell, das sich in der Praxis sehr erfolgreich bewährt hat.“

Die erfreuliche Bilanz kann sich sehen lassen, erläutert Sponer: „Innerhalb eines Jahres wurde von JobConnect ein Netzwerk mit über 300 Firmen und Institutionen aufgebaut und wird von den Jugendlichen mit Erfolg genutzt. Mehr als 500 junge Menschen konnten in dieser Zeit an steirische Unternehmen vermittelt werden.“ Die Erfolgsstory des abgelaufenen ersten Jahres hat die Erwartungen in die Initiative des Landes Steiermark mehr als erfüllt und findet daher nun mit Unterstützung des Bundes ihre Fortsetzung: Es ist beschlossene Sache, dass die Aktion zumindest bis Ende dieses Jahres verlängert wird.



Die junge Absolventin, die über JobConnect eine Stelle gefunden hat, fühlt sich sichtlich wohl an ihrem neuen Arbeitsplatz.

Seit Herbst auch für Lehrabsolventinnen.

Da die Jobsituation inzwischen auch in vielen Industrie- und Handwerksberufen angespannt ist, wurde der Personenkreis mit Unterstützung des Sozialministeriums seit dem Herbst weiter ausgeweitet: Seither können auch Jugendliche mit bestandener Lehrabschlussprüfung in den Genuss der Angebote von „JobConnect“ kommen, wie ein 19-jähriger Lehrling, der bei JobConnect eingestiegen ist, begeistert schildert: „Mein Lehrherr hat Konkurs gemacht, ich war sicher, dass ich meine zweite LAP nimmer schaffe – aber was ist, die von JobConnect haben mir eine Arbeitsstelle aufgetrieben und ich kann meine zweite LAP auch noch in der Firma machen, voll geil.“

Auch der zuständige Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser zeigt sich erfreut über die Ausweitung des Kreises der Begünstigten: „Ich bin sehr froh und dankbar dafür, dass wir dieses Programm seit kurzem auch auf Lehrlinge ausdehnen konnten. Viele von ihnen, die nach abgeschlossener

Lehre ohne Arbeitsplatz dastehen, können wir dadurch erfolgreich in Industrie und Wirtschaft integrieren. So kommen steirische Unternehmen zu jungen, motivierten Mitarbeitern und diese erstmals zu hoffentlich auch längerfristigen Beschäftigungsverhältnissen.“

Individuelle Vorbereitung.

Das Angebot von JobConnect orientiert sich ganz konkret an den Bedürfnissen der jugendlichen Zielgruppe, betont Sponer: „Je nach individuellem Bedarf und Dauer der Arbeitslosigkeit werden bei uns verschiedene Schulungen zu Bewerbungstraining, Stellenakquise und bedarfsorientierten Zusatzqualifikationsangeboten, um die Integration von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.“ Und die professionelle Hilfe wirkt, wie eine 24-jährige FH-Absolventin bestätigt: „So einfach, wie es mir bei der Beratung nach der Matura geschildert wurde, ist es nicht im Gesundheitswesen. Jobconnect hat mir mit Hilfe der Förderung, aber vor allem durch die fachliche Beratung, einen mehr als tollen Job verschafft. Klar musste ich mich selbst zu 100% einbringen, aber die haben mir einfach Wege gezeigt, die ich nie gegangen wäre, weil ich sie nicht kannte. Das ist Berufsberatung mit hoher Kompetenz und mein Arbeitgeber ist nicht nur mit der Förderung sehr zufrieden, sondern auch mit meiner Leistung, die ich gerne erbringe, weil mir der Job großen Spaß macht.“

Förderscheck für den Lohnzuschuss.

Als positiven Anreiz für junge Menschen sieht auch Landeshauptmann Mag. Franz Voves die Aktion, die dafür sorgt, dass junge SteirerInnen trotz Krise einen Arbeitsplatz bekommen: „Fast zwei Drittel der Arbeitslosen unter 27 haben zwar eine abgeschlossene Ausbildung, finden aber dennoch keinen Job. Gleichzeitig suchen viele steirische Unternehmen nach engagierten MitarbeiterInnen mit guter Ausbildung. Deshalb haben wir das Projekt JobConnect ins Leben gerufen.“

Landesrat Schrittwieser beschreibt das Fördermodell: „Die Jugendlichen bekommen einen JobConnect-Scheck, der bis zu 500 Euro monatlich – aber maximal 25% ihres Gehaltes inklusive aller Nebenkosten – beträgt. Diese

Summe wird einem Unternehmer, der den oder die InhaberIn des Schecks anstellt, sechs Monate lang ausbezahlt, sofern er ihn oder sie zumindest neun Monate lang beschäftigt – wohl gemerkt an einem neu geschaffenen Arbeitsplatz und nur bei zumindest 50%-iger Beschäftigung.“ Um „Mitnahmeeffekte“ zu verhindern, darf im betreffenden Unternehmen drei Monate vor bis drei Monate nach der Anstellung keine Kündigung ausgesprochen worden sein bzw. werden. Wenn das Arbeitsverhältnis zumindest ein Jahr dauert, ist als Bonus ein zusätzlicher Qualifizierungszuschuss von 1.000 Euro für Ausbildungsmaßnahmen möglich.

Gezieltes Bewerbungscoaching.

Die Chancen der Betroffenen auf einen Arbeitsplatz erhöhen sich beträchtlich durch professionelle Bewerbungen. „Auf diesem Grund wird den in die Aktion aufgenommenen Jugendlichen durch das gemeinnützige Unternehmen itworks ein hochkarätiges Bewerbungscoaching im speziell da-

für eingerichteten Bewerbungsbüro angeboten“, erläutert Sponer, GF von itworks. Und man beschreitet damit Wege, die von vielen der jungen Berufseinsteiger noch gar nicht in Erwägung gezogen wurden, beschreibt eine 26-jährige Uni-Absolventin ihre Erfahrungen: „Nach einem Sprachstudium mit Schwerpunkt Lehramt schien ich null Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben. JobConnect teilte mir mit, dass ich förderbar sei und es als Fremdsprachensekretärin in einem internationalen Betrieb für Brückenbau versuchen solle. Ich führe mittlerweile, das sind neun Monate, die Auslandsgeschäfte und das sehr erfolgreich – mein Chef bekommt die Förderung, die er mir im Gehalt weitergibt. Ich bin JobConnect sehr dankbar für diese Chance.“

Interaktiv zum Job.

„Als weitere attraktive Ergänzung zur Angebotspalette von JobConnect gibt es selbstverständlich auch sämtliche Möglichkeiten, die das Internet als interessantes Instrument zur Stellensuche bietet“, fügt Sponer hinzu. Die JobConnect-Lernplattform ermöglicht als leistungsstarke, webbasierte Plattform auf einfache Art und Weise e-learning in einem integrierten System und unterstützt optimal bei der Jobsuche. Die ortsunabhängige Beratung durch die JobConnect-PersonalberaterInnen ist ebenso online möglich wie der informative Chat und Austausch mit den anderen TeilnehmerInnen sowie das Absolvieren von e-learning-Einheiten.

Die Präsentation der eigenen Person in der Personal-Börse für Unternehmen wird für die jungen Stellensuchenden zu einem Kinderspiel, denn sämtliche Bewerbungsaktivitäten können online von den Coaches begleitet werden. Ein Service, der die Suche nach geeigneten Positionen enorm erleichtert, wie ein absolvierter Techniker bestätigt: „Ich habe Mathematik studiert und hatte massive Probleme in der Wirtschaft unterzukommen, selbst wäre ich nie auf die Idee gekommen mich an einer Hochschule zu bewerben, Jobconnect schon. Die Montanuniversität Leoben ist mein neuer Arbeitgeber und ich unterrichte dort Technische Mathematik. Ich lehre dort vor Ort derzeit als außerordentlicher Professor, ein Szenario, das ich mir vor meiner Begegnung mit JobConnect nie träumen lassen hätte.“

| Josef Schiffer



Ing. Dieter Sponer: „Wir bieten mit JobConnect den jungen Menschen ein breites Spektrum an Coaching-Leistungen und Know-how für eine erfolgreiche Bewerbung.“

JobConnect auf einen Blick

JobConnect läuft von 1. März 2009 bis 31. Dezember 2010. Eine Verlängerung der Aktion ist geplant. Informationsveranstaltungen dazu finden in allen steirischen Regionen statt.

Die Zielgruppe sind Jugendliche bis zum Alter von 27 Jahren mit mittlerer und höherer Ausbildung (AHS, BMS, BHS, Uni, FH, StudienabbrecherInnen), die sich beim AMS vormerken lassen.

Förderung:

- Bewerbungscoaching
- 25 % der Lohnkosten inkl. Nebenkosten, max. 500 Euro/Monat für die Dauer eines halben Jahres (werden direkt an den Arbeitgeber bezahlt) bei einem Beschäftigungsverhältnis von zumindest 50 % und neun Monaten
- Zusätzlicher Zuschuss für eine bedarfsorientierte Qualifikation (bei einer anerkannten Bildungsinstitution) von max. 1000 Euro, wenn das Beschäftigungsverhältnis mindestens ein Jahr dauert
- Wenn der/die Jugendliche innerhalb von sechs Monaten keinen Arbeitgeber findet, kann er/sie bei gate25 beschäftigt werden, sofern er/sie bisher noch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben hat. Diese gilt auch für jene Jugendliche zwischen 25 und 27, deren gefördertes Dienstverhältnis nach neun Monaten endet.

Weitere wichtige Informationen werden auf www.jobconnect.at bereit gestellt. Die Ansprechpartnerin bei JobConnect ist für die InteressentInnen Sabine Schickerbauer, Eggenberger Allee 40–42, A-8020 Graz, Tel. 0316/90612-10, E-Mail: info@jobconnect.at

Nachnennungen für Pflegestiftung

Schon im Oktober des Vorjahres ist wieder eine Ausbildungsstiftung für Betreuungskräfte – AltenhelferIn, HeimhelferIn und PflegehelferIn – gegründet worden: „Steirische Pflegeeinrichtungen brauchen dringend Fachkräfte – und gleichzeitig gibt es in der Steiermark so viele Arbeitslose wie schon lange nicht“, begründete der steirische Soziallandesrat, LH-Stv. Siegfried Schrittwieser, damals den einschlägigen Regierungsbeschluss.

Finanziert wird die Stiftung, die bis 2011 tätig sein soll und deren Gesamtkosten ca. 1,2 Mio Euro betragen, von Land, AMS und den Betreuungsunternehmen, die zusätzliche Pflegekräfte benötigen; das Land zahlt 29%, das Arbeitsmarktservice 22% und die Unternehmen 49% der Kosten. Die Ausbildung wird in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen umgesetzt, der praktische Teil erfolgt direkt am Arbeitsplatz.

Steigender Bedarf. AMS-Chef Karl Heinz Snobe betonte zum Zeitpunkt der Gründung die Tatsache, dass die Sozial- und Pflege-Branche relativ krisenfest sei, also auch in Phasen wirtschaftlichen Abschwunges Bedarf melde. Nicht zuletzt prognostizierte die Demoskopie ein wachsendes Potenzial an Älteren mit entsprechend wachsender Notwendigkeit an professioneller Unterstützung.

Aufgestockt. Das hat sich als richtig herausgestellt: Bei Gründung der Stiftung hatte man noch einen zusätzlichen Bedarf von 240 Fachkräften prognostiziert, nun geht man von einem Mehrbedarf von weiteren 60 Personen aus. Die Politik hat reagiert: LR Schrittwieser zu KORSO: „Weil dieses Instrument stark in Anspruch genommen

wird und der Bedarf – vor allem im Bereich der PflegehelferInnen – noch nicht gedeckt ist, habe ich gemeinsam mit dem AMS Steiermark eine Aufstockung der Stiftung für 60 Personen beschlossen und dafür weitere Mittel reserviert.“

| cs



Der Bedarf an Pflegekräften steigt weiter, die Implacementstiftung Pflege wurde um weitere 60 Plätze aufgestockt.

Next Job – die Meldung zur Stellensuche, Aktualisieren der eigenen Daten, rasche eMail-Kommunikation mit dem AMS, Ausdrucken von Bestätigungen, Beschreibung der eigenen Kenntnisse und Fähigkeiten, aktive Jobsuche ...

Viele Dienstleistungen des Arbeitsmarktservice können mittlerweile 24 Stunden pro Tag genutzt werden. Online. Im eJob-Room des AMS oder mit dem neuen eAMS-Konto.

Die einfachste Bewegung

KLICK!



zu den eServices des AMS
www.ams.at/stmk

 **korso**

erweitert den steirischen Horizont.

Qualität hat ihren Preis. Wenn Sie gratis erhalten haben, liegt das damit als Abonnentin/Abonnenten

diese KORSO-Ausgabe einzig daran, dass wir Sie gewinnen wollen.

Wir schenken Ihnen ein Buch!

Für jedes neue Abo (18,--) gibt's einen der drei nachstehenden Titel nach Wahl als Dankeschön kostenfrei dazu:

1. Christian Stenner (Hg.): Kritik am Kapitalismus. Gespräche über die Krise. Wien: Promedia 2010, 192 S.
2. Gerald Schöpfer, Peter Teibenbacher: Graz seit 1945. Daten, Fakten, Kommentare. Graz: Leykam, 288 S.
3. Martin Balluch: Widerstand in der Demokratie. Ziviler Ungehorsam und konfrontative Kampagnen. Wien: Promedia, 157 S.

Abonnieren ist einfach.

Zahlen Sie EUR 18,-- auf das Konto 00000285890 bei der Steiermärkischen, BLZ 20815, ein und vermerken Sie: „Jahresabo“ und die Nummer des gewünschten Buches (also 1, 2 oder 3).

Geben Sie bitte unbedingt Namen und Adresse an. Wir senden Ihnen nach Eingang der Zahlung das Buch sowie die aktuelle KORSO-Ausgabe umgehend zu.

Die Krise als Nacktscanner des Kapitalismus

Was Kapitalismus wirklich ist, darüber erhalten wir zur Zeit praktischen Anschauungsunterricht. Was diese gerade mal ein paar Jahrhunderte alte Form des Wirtschaftens und menschlichen Zusammenlebens ausmacht, zeigt sich natürlich auch zwischen ihren periodischen Krisen: Dass die Erhöhung der Produktivität durch die Peitsche der Konkurrenz – die noch einmal durch die Globalisierung verschärft wurde – auf Kosten unserer natürlichen Lebensgrundlagen geht, dass den ArbeitnehmerInnen ein immer geringer werdender Anteil an diesen Produktivitätsgewinnen zugesprochen wird, dass jene BewohnerInnen der Peripherie, die noch für ausbeutungswürdig erachtet werden, sich glücklich schätzen können gegenüber jenen, deren Subsistenzgrundlagen der Markt zerstört hat, ohne dass sie selbst in diesen eingegliedert wurden – all das sind Diagnosen ohne besonderen Neuigkeitwert. Die Krise macht aber all diese Fakten hautnah erlebbar, sie ist der Nacktscanner, auf dessen Schirm unter anderem das Denken, die Ängste und Begierden der Protagonisten, der Profiteure und Verteidiger des Systems öffentlich sichtbar werden, die da im Airport der Geschichte darauf hoffen, dass sie noch einmal abheben dürfen, auch wenn das Flugzeug vermutlich bereits irreparabel beschädigt ist.

Die Gewinne von heute sind die Spekulationseinsätze von morgen. Besonders aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Selbstzeugnisse der Betroffenen, verweisen sie doch direkt darauf, wie das Verhalten der Kapitaleigner die Krise mit herbeigeführt hat.

Als Anschauungsmaterial dafür eignen sich beispielhaft die aktuellen Vorgänge um den Verkauf der maroden Hypo-Alpe-Adria-Bankengruppe. Die Million Euro, die Flick-Witwe Ingrid F. in offenbar guter Kenntnis der Lage auf einen erfolgreichen Verkauf der Hypo Alpe Adria wettete – sitzt doch im Vorstand der Flick-Stiftung Ex-Hypo-Chef Wolfgang Kulterer –, sei, so Stiftungsvorsitzender Jörg-Andreas Lohr, für die Verhältnisse von Frau Flick „ein eher bescheidenes Investment“¹ gewesen. Das „Investment“ warf dann immerhin „bescheidene“ 40% Gewinn innerhalb weniger Monate ab. Ein weiterer Hypo-„Investor“, Herbert Koch, der Chef der Möbelhäuser Kika und Leiner, meinte gegenüber dem ORF: „Bei diesen Finanzanlagen gehen viele Geschäfte daneben. Mir sind auch einige misslungen. Dieses ist gut gegangen. Ich sehe hier keinen moralischen oder sonstigen Fehler.“² Bezahlt haben den Deal letztendlich die bayrischen und österreichischen SteuerzahlerInnen.

Was lernen wir daraus? Sicher auch, dass die handelnden Personen in der Tat mit herkömmlichen moralischen Maßstäben besser nicht zu messen sind. Eine viel interessantere Erkenntnis bietet aber die Tatsache, dass neben Flick und Koch ein guter Teil des Who is who des österreichischen Unternehmertums (Industriellen-Präsident Veit Sorger: „Die Beteiligung wurde in Form eines Memorandums an mich herangetragen – wie an die halbe Industrie“³) offenbar überschüssige Gewinne in spekulative Manöver investiert hat. Das steht natürlich in Widerspruch zum gern verbreiteten, den Kapitalismus legitimierenden Slogan, die Unternehmensgewinne von heute seien die Arbeitsplätze von morgen: Sie sind offenbar die Spekulationseinsätze von morgen.

Der „tendenzielle Anstieg der Ausbeutungsrate“. Die Antwort auf die Frage, warum sich da so viel Geld in den Taschen der Sorgers und Co. an-

sammelt und warum diese Beträge nicht in die familieneigenen Betriebe investiert wurde oder, sei's drum, in eine zweite Segelyacht, sondern in Spekulationsgeschäfte – und das offenbar gewohnheitsmäßig, wie Koch betont –, ist gleichzeitig ein wichtiger Erklärungsansatz für die aktuelle kapitalistische Krise. Weil er im allgemeinen „Die Banken sind schuld“-Geschrei üblicherweise eher untergeht, soll er in dieser Einleitung breiter ausgeführt werden; er findet sich natürlich auch in den hier publizierten Gesprächen mit Fachleuten wieder, im Besonderen bei Jörg Huffschnid, Gabriele Michalitsch und Erhard Glötzl. Seit dem Anfang der Achtziger Jahre, seit dem Beginn der neoliberalen Offensive, wird der produzierte gesellschaftliche Reichtum tendenziell anders verteilt als in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Für Österreich haben dies zum Beispiel die WiFo-Experten Alois Guger und Markus Marterbauer nachgewiesen: Lag die Lohnquote, also der Anteil der Löhne und Pensionen am gesamten Volkseinkommen, 1978 bei ca. 71% des gesamten Volkseinkommens, so ist er bis 2007 auf knapp 56% gesunken.⁴ Für ganz Europa hat der französische Wirtschaftsforscher und Statistiker Michel Husson einen Rückgang um 8,2 Prozentpunkte zwischen 1982 und 2005 errechnet – von 66,3 auf 58,1 Prozent. In den G7-Staaten betrug der Rückgang im gleichen Zeitraum etwa 6 Prozentpunkte.⁵ Die überraschende Diagnose, dass im neoliberalen Mutterland USA die Reduktion im gleichen Zeitraum „nur“ 3,5% ausmachte, lässt sich übrigens rasch erklären: Zieht man auch nur das oberste Prozent der Lohnneinkommen von den Daten ab, ergibt sich das gleiche Bild wie in Europa.⁶ Das deutet darauf hin, dass die exorbitant gestiegenen Managergehälter als Profitanteile und nicht als Entlohnung zu verstehen sind. Weil Lohnquote auf der einen und die Quote der Einkommen aus Gewinn und Besitz auf der anderen Seite zusammen immer 100% des Volkseinkommens ergeben, folgt aus dem sinkenden Lohnanteil, dass der Anteil der Kapitaleinkünfte im gleichen Ausmaß gestiegen ist. Der Marxist Husson nennt das plakativ den „tendenziellen Anstieg der Ausbeutungsrate.“

Erklärungsnotstand. Die Verfechter des Kapitalismus hören diese Fakten ungern – zumindest nach außen hängt man ja gerne weiterhin der Legitimationsideologie an, dass nur das bestehende System in der Lage sei, steigenden Wohlstand für alle zu schaffen. Konfrontiert man sie mit den Fakten (die sie ebenso gut kennen wie jeder Kapitalismus-Kritiker), flüchten sie gerne in ökonomischen Voodoo – wie etwa der deutsche Sozialwissenschaftler Meinhard Miegel, langjähriger Vorstand eines CDU-Thinktanks, Berater diverser Unternehmen, unermüdlicher Trommler für die private Pensionsvorsorge und Hansdampf in den Kommentarspalten deutscher Qualitätsblätter, der dem Verfasser gegenüber sinngemäß erklärte: Es sei selbstverständlich, dass die Lohnquoten sinken müssten, weil immer mehr Kapital für das Betreiben eines Unternehmens nötig sei ... Die Frage, warum sie dann in den Jahrzehnten des Wirtschaftswunders parallel zum Kapitaleinsatz gestiegen ist, habe ich dem „Experten“ dann lieber nicht mehr gestellt.

Der Präsident der steirischen Industriellenvereinigung, Jochen Pildner-Steinburg, meinte auf eine entsprechende Frage hin gar, eine sinkende Lohnquote sei ein untrügliches Zeichen einer „maturierten Volkswirtschaft“, weil die Menschen älter würden und „Pensionseinkommen nicht zum Lohnin-

kommen zählen“⁷ – was sie allerdings tun; die Bruttolohnquote enthält per definitionem auch die Sozialabgaben. Zudem hätten auch Lohnempfänger Kapitaleinkommen. Das stimmt, diese sind allerdings so ungleich verteilt, dass sie für die allergrößte Mehrheit keine Rolle spielen, wie noch zu zeigen sein wird – vor allem nicht für jene Bevölkerungssegmente, deren Lohnneinkommen in den letzten Jahren sogar real gesunken sind.

Reale Lohnverluste. Denn: Die sinkende Lohnquote übersetzt sich nicht nur darin, dass die Einkommen der Beschäftigten hinter jenen der Kapitalbesitzer zurückbleiben. Sie lässt sich ganz real in den Geldbörsen feststellen, vor allem bei jenen Menschen, die ohnehin immer schon wenig verdient haben. Das unterste Einkommensfünftel hat – betrachtet man die Netto-Realeinkommen pro Beschäftigtem/r – zwischen 1995 und 2005 19% verloren, das zweite Fünftel 11% – nur das oberste Prozent erreichte in diesen Jahren einen leichten Netto-Realeinkommenszuwachs von 0,5%.⁸ Das ist zum einen Ergebnis der Flexibilisierung der Arbeit in den letzten Jahrzehnten: Während die zumeist existenzsichernde Vollzeitarbeit zurückging, boomen Teilzeitarbeit und andere prekäre Arbeitsverhältnisse; der Anteil der Teilzeitarbeitenden an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist von 6,5% im Jahr 1974 auf 24,9% im zweiten Quartal 2009 angestiegen. Beileibe nicht alle Einkommensverluste sind aber auf den ohnehin zumeist erzwungenen Wechsel von einem Vollzeit- in ein Teilzeitarbeitsverhältnis zurückzuführen. Der Rechnungshof hat in seiner nun schon zwei Jahre zurückliegenden Untersuchung zur Einkommensentwicklung in Österreich zwischen 2000 und 2005 unmissverständlich festgestellt, dass unter jenen ArbeitnehmerInnen, die von 2000 bis 2005 ohne Bruch in der Erwerbsbiographie beschäftigt waren, „noch immer zahlreiche Personen mit inflationsbereinigten Einkommensverlusten zu finden sind: 35% der ArbeiterInnen, 24% der Angestellten und 18% der BeamtInnen hatten in den Jahren 2000 bis 2005 durchschnittliche jährliche Einkommenszuwächse unter der durchschnittlichen Inflationsrate desselben Zeitraums.“⁹ Sprich: Vor allem in den unteren Einkommensklassen sind auch die Stundenlöhne real gesunken bzw. kam es teilweise sogar zu Kollektivvertragsabschlüssen unter der Inflationsrate.

Ein Drittel Besitzlose – und „schöne Einkünfte aus Immobilienbesitz“. Die sinkenden Löhne der Beschäftigten übersetzen sich in den steigenden Reichtum der Kapitaleigner. Letzterer ist vor allem in Österreich ein gut gehütetes Geheimnis. Annäherungsverfahren ergeben folgendes Bild: Die Vermögen sind zwischen 1997 und 2002 um 8% gewachsen, wobei die Geldvermögen wesentlich stärker anstiegen (+22%) als der Wert von Immobilien- (+4%) und Unternehmensbesitz (+1,8%).¹⁰ In Summe halten das oberste Prozent, die obersten 2-10% und die unteren 90% der Bevölkerung jeweils ein Drittel des Gesamtvermögens. Der Geldbesitz ist „egalitärer“ verteilt als das Unternehmens- und Immobilienvermögen: Das durchschnittliche Unternehmensvermögen der „unteren“ 90% der Bevölkerung betrug 2002 exakt Null, das des obersten Prozents, der Reichen, 3,8 Mio Euro.¹¹ 2005 hielten 10 Einzelpersonen 5 Mrd. Euro von den insgesamt 18,6 Mrd. an Unternehmensvermögen an GesmbH.¹² Die unteren 90% der Bevölkerung besaßen 2002 durchschnittlich 33.000 Euro Geldver-

mögen pro Kopf, das oberste Prozent 470.000 Euro.¹³

Die Vermögensverhältnisse der unteren Dezile werden in Österreich ungern detaillierter angegeben – das könnte jene Mythen untergraben, die etwa der schon zitierte steirische Industriellen-Chef Pildner-Steinburg dem Autor gegenüber bemühte: Die sinkende Lohnquote sei auch durch die Zinseinkünfte aus den 340 Mrd. Euro zu erklären, „die wir Österreicher breit gestreut als Spar- und Geldwertguthaben im Lauf der Jahrzehnte angelegt haben sowie die bereits seit Generationen aufgebauten Immobilienbesitze, die sehr schöne Erträge abwerfen.“¹⁴

Deutsche Untersuchungen kommen auf entgegengesetzte Ergebnisse: Das unterste Zehntel der deutschen Haushalte hat unterm Strich Schulden, also ein negatives Vermögen, die nächsten zwanzig Prozent null Vermögen, weitere 10% verfügen über 0,38% des Gesamtvermögens, die nächsten 10% immerhin schon über 1,33%. Ein Drittel der Haushalte ist damit völlig besitzlos, weitere zwanzig Prozent sind es faktisch. Die oberen 10% besitzen wie in Österreich ca. zwei Drittel des Gesamtvermögens.¹⁵

Was die „schönen Erträge abwerfenden Immobilienbesitze“ betrifft, dürfte Pildner-Steinburg doch eher von seinesgleichen ausgehen: der durchschnittliche Wert des Immobilienbesitzes der unteren 90% der Bevölkerung betrug 2002 in Österreich pro Kopf – ohne Kinder – 23.000 Euro (das heißt schlicht: auch ein Teil der Lohnabhängigen besitzt ein Eigenheim), jener des obersten Prozentes aber 1,099 Mio Euro.¹⁶

Geben wir der Logik den Vorzug vor dem im Licht der Aktualität etwas hilflos wirkenden Ideologie-Voodoo der Großunternehmerschaft: Wer noch weniger verdient als zuvor, kann kein Vermögen bilden. Beim extrem angewachsenen Geldvermögen kann es sich daher zum allergrößten Teil nur um nicht reinvestierte Unternehmensgewinne handeln.

Verlust der Legitimation? Denn: Dass die Unternehmensvermögen in den letzten Jahren bedeutend geringer gewachsen sind als die Geldvermögen, ist ein weiteres Kennzeichen dieser jüngsten, in die Weltwirtschaftskrise mündenden Phase des Kapitalismus. Die Deregulierung und Globalisierung der Finanzmärkte ermöglichten Profite, die in der Realwirtschaft nicht erzielbar sind; entsprechend sanken die Investitionen in die Unternehmen. „Bis Anfang der achtziger Jahre verliefen die Gewinn- und die Investitionsquote weitgehend parallel. Seither blieb die Investitionsbereitschaft weit hinter der Entwicklung der Einkommen aus Besitz und Unternehmung zurück“ stellen Alois Guger und Markus Marterbauer fest. Während die Gewinnquote von ihrem Tiefpunkt 1978 – damals betrug sie 22% – auf 34% des Volkseinkommens im Jahr 2006 kletterte, fiel die Investitionsquote im gleichen Zeitraum von ca. 25 auf etwa 20% des BIP.¹⁷ Ein ähnliches Bild zeichnet Husson für die gesamte Triade – also die drei Wirtschaftsblöcke NAFTA, EU und Japan inclusive Taiwan und Südkorea.¹⁸

Damit verliert das System auch in den Zentren seine Hauptlegitimation – dass nämlich allein der Kapitalismus trotz seiner vielen Nachteile dazu in der Lage sei, die Produktivkräfte rasch und den Konsumbedürfnissen entsprechend weiterzuentwickeln. Was sagt die Unternehmerschaft dazu? In den letzten vier Jahren sei „mit den Gewinnen massiv, aus heutiger Sicht sogar über-investiert“ worden, meint Pildner-Steinburg.¹⁹ Gegen ersteres sprechen die Fakten, mit der zweiten

Feststellung hat der Industrielle aber natürlich recht, wenn auch anders, als er meint: Wenn die Löhne niedrig gehalten werden, sinkt die Nachfrage; wenn dies weltweit passiert, hilft auch das Ausweichen in den Export nicht mehr – dann sind rasch mal Überkapazitäten aufgebaut, wie etwa in der Autoindustrie.

Das Überangebot an nicht in der Realwirtschaft investiertem Kapital auf den deregulierten Finanzmärkten, vermehrt um die aus der (Teil)privatisierung der Pensionsversicherungen stammenden Kapitalmassen, drückt schließlich die Nominalzinsen und veranlasst Banken zu immer riskanteren Kreditvergabemanövern, wie etwa am US-Immobilienmarkt. Als diese Kredite dann nicht mehr zurückgezahlt werden konnten, platzte die Blase. Der Crash am Finanzmarkt war letztendlich der Auslöser der aktuellen Krise, mit Sicherheit aber nicht ihr Grund, wie Mainstream-Ökonomen uns glauben machen wollen.

1 <http://koernten.orf.at/stories/416094/>, Zugriff am 2010 01 25.
 2 <http://oe1.orf.at/inforadio/117452.html>, Zugriff am 2010 01 25.
 3 Alexis Johann und Anna Ofner: „Hypo-Beteiligung wurde an die ‚halbe Industrie‘ herantgetragen“. Wirtschaftsblatt vom 16. Dezember 2009.
 4 Alois Guger, Markus Marterbauer: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – ein Update (=WIFO Working Papers, Nr. 307/2007), S. 16.
 5 Vgl. Michel Husson: Kapitalismus pur. Deregulierung, Finanzkrise und weltweite Rezession. Frankfurt: ISP 2009, S. 9f.
 6 Ebda, S. 11.
 7 KORSO, April 2009, S. 3.
 8 Guger / Marterbauer, a.a.O., S. 13.
 9 Vgl. http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/Einkommensbericht/Einkommen_2006_01.pdf, S. 21, Zugriff am 2009 11 04.
 10 Vgl. Christian Eizinger et al.: Vermögensbildung und Reichtum in Österreich. In: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hg.): Bericht über die soziale Lage 2003-2004. Wien: 2004 (235-251), S. 249.
 11 Ebda, S. 248.
 12 Laut einer im STANDARD vom 12. Jänner unter dem Titel „Viel Marie für wenig Menschen“ zitierten Studie der Nationalbank.
 13 Vgl. Eizinger et al., S. 248.
 14 Interview mit Jochen Pildner-Steinburg vom April 2009, unveröff. Manuskript.
 15 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Auszug aus dem Jahresgutachten 2007/08. Entwicklung der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, Wiesbaden: 2008, S. 476.
 16 Vgl. Eizinger et al., S. 248.
 17 Guger / Marterbauer, a.a.O., S. 22.
 18 Husson, a.a.O., S. 15.
 19 Interview mit Jochen Pildner-Steinburg



Der hier abgedruckte Text ist ein Auszug aus der Einleitung zum Buch

Christian Stenner (Hg.): Kritik des Kapitalismus. Gespräche über die Krise. Gespräche mit Tariq Ali, Elmar Altvater, Joachim Becker, Christian Felber, Erhard Glötzl, Joachim Hirsch, Jörg Huffschnid, Gabriele Michalitsch, Kurt Rothschild, Margit Schratzenstaller, Stephan Schulmeister, Winfried Wolf u.a. Wien: Promedia 2010. 192 Seiten, EUR 15,90

Bezugsquelle: Im Buchhandel oder direkt bei KORSO unter korso@korso.at.

Das Pflegegeld hat ausgedient – Pflegesicherung jetzt!

In Zeiten der Krise die Kosten des steigenden Pflegebedarfes auffangen und hochwertige Qualität der Betreuung sicherstellen – die Volkshilfe Steiermark stellt in ihrer Kampagne „Pflegesicherung jetzt!“ bestehende Finanzierungsformen für Pflege und Betreuungsleistungen in Frage und fordert den im Koalitionsabkommen der Bundesregierung vorgesehenen Pflegefonds ein. Franz Ferner, Geschäftsführer der Volkshilfe Steiermark, im Gespräch mit KORSO.

Die Wirtschaftskrise scheint langsam abzuklingen. Die Mindestsicherung wird gerade eingeführt. Das alles muss Sie als Geschäftsführer der Volkshilfe Steiermark doch sehr freuen, oder?

Die Einführung der Mindestsicherung hat bereits zu lange gedauert und wurde noch dazu bisher schlecht kommuniziert. Außerdem hat die Volkshilfe immer eine 14-fache Auszahlung gefordert. Trotzdem bleiben wir natürlich dabei, es ist ein Schritt in die richtige Richtung! Die Krise, die Sie ansprechen, ist aber noch lange nicht vorbei. Offensichtlich stellt sich niemand in der Bundesregierung ernsthaft die Frage, wie die Lasten dieser Wirtschafts- und Finanzkrise wirklich gerecht zu verteilen sind. Reflexartig wird bei Einsparungsdebatten auf den Sozial- und Gesundheitsbereich mit dem Finger gezeigt. Wie bei allen Krisen der letzten 100 Jahre werden auch diesmal leider wieder die bezahlen müssen, die die Krise sicher nicht verursacht haben.

Die Situation scheint akut. Die Gemeinden behaupten, sich die steigenden Kosten der Pflege nicht mehr leisten zu können.

Dass jetzt darüber gejammert wird, dass die Kosten der Pflege nicht mehr getragen werden können, verwundert mich und schmerzt auch. Den handelnden Personen in der Politik ist seit Jahren bekannt, dass die Sozialhilfe für die Finanzierung der Pflege nicht taugt. Ich würde es übrigens angemessen finden, wenn Gemeinden und Länder gleich laut die Frage nach der Finanzierbarkeit der Verwaltungsbürokratie, des Tourismus, der Landwirtschaft, der Banken oder auch der Wirtschaftsförderun-

gen (hier sind wir auch Europameister) stellen würden! Um die Dimension zu verdeutlichen: Das Land Steiermark gibt (ohne Gemeinden) im Jahr rund 140 Millionen für Pflegeheime und rund 15 Millionen für Mobile Dienste aus.

Hat die Bundesregierung verkannt, dass die „Pflegefrage“ brennt?

Das ist erstaunlich und auch richtig. Wir müssen Bundeskanzler Faymann und Finanzminister Pröll klar machen, dass Pflegefragen nur mehr bundesweit geregelt werden können. Wir benötigen eine radikale Neuaufstellung des Systems Pflege und Betreuung alter Menschen. Als das Pflegegeld vor mehr als 20 Jahren eingeführt wurde, war das eine tolle Sache: Endlich konnte die Pflege und Betreuung von Menschen in den eigenen vier Wänden organisiert werden. Es herrschte Aufbruchsstimmung. Es gab viele neue Arbeitsplätze in der mobilen Betreuung und die Nachfrage war groß, auch der informelle Sektor blühte. Die Rahmenbedingungen haben sich seither aber stark verändert. Die Gründungsidee des Pflegegeldes wurde durch jahrzehntelange Deckelung und Nicht-Anpassung an reale Bedürfnisse ad absurdum geführt. Das Pflegegeld begünstigt inzwischen Schwarzarbeit und deckt sich nicht mehr mit den realen Bedürfnissen der Menschen.

Hat das Pflegegeld also ausgedient?

Ja! Es hemmt sogar eine Neuausrichtung. Es muss einen radikalen Umbau des Pflegegeldes hin zu solidarisch finanzierter Pflegesicherung geben. Denkbar wären konkrete Leistungen, die nicht mehr als reine Geldleistung, sondern in Form von Beratungs-, Sach- und Dienstleistungen in der Altenhilfe all jenen zur Verfügung gestellt werden, die sie benötigen. Dazu müssten die gesamten Mittel für Pflege, Betreuung und Versorgung alter Menschen einer solidarisch finanzierten staatlichen Pflegesicherung zugeführt werden, welche den Betroffenen unabhängig von ihrem Einkommen qualitätsvolle Sach- und Dienstleistungen garantiert.

Sie fordern also eine Versicherung, wie etwa die Kranken- oder Arbeitslosenversicherung, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Wer soll das bezahlen?

Ob die neue Lösung Pflegefonds, Pflegesicherung oder Pflegeversicherung heißt, sol-

len sich die ExpertInnen ausmachen. Ziel muss es sein, ein transparentes, österreichweit nach einheitlichen Prinzipien gestaltetes Pflegefinanzierungsinstrument zu schaffen, bei dem es einen garantierten Rechtsanspruch auf Sachleistungen (z.B. ausreichende mobile Pflegeleistungen oder Pflegeheimplätze) geben soll. Vor allem muss die Finanzierung aus der „Sozialhilfe“ gelöst werden, um die Gemeindebudgets zu entlasten. Ein Vorbild könnte auch der Familienlastenausgleichsfonds sein, der aus Dienstgeberbeiträgen, aber auch aus Anteilen der Körperschaftssteuer, Länderbeiträgen etc. gespeist wird. Die Volkshilfe macht schon seit langem darauf aufmerksam, dass der Faktor Arbeit durch neue Finanzierungsformen nicht mehr höher belastet werden kann. Feststeht, dass sich die Vermögensbesteuerung in Österreich im europäischen Vergleich auf sehr niedrigem Niveau befindet (im OECD-Bereich auf dem vorletzten Platz). Eine Zweckbindung aus zusätzlichen Steuereinnahmen aus Vermögensbesteuerungen wäre daher sinnvoll.

Ist die Argumentation mit einer Vermögensteuer nicht zu einfach?

Das sagen natürlich immer jene, die kein Interesse an einer Änderung der Situation haben. Natürlich muss auch mit einer Verwaltungsreform – die sich erst den Namen Reform verdienen müsste – etwas zur Konsolidierung der Budgets beigetragen werden. Aber lassen wir uns doch nicht ablenken. Derzeit liegt die Besteuerung von Vermögen mit 1,3% (Grunderwerbssteuer, Kapitalverkehrssteuer, etc.) erschreckend niedrig, weit hinter der Besteuerung von Konsum mit 48,2% (Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer) und der Besteuerung von Einkommen mit 50,5% (Lohnsteuer, Körperschaftssteuer, Einkommensteuer). Das Anheben der Besteuerung zumindest auf EU-Durchschnitt ist eine Maßnahme, die auf Bundesebene gesetzt werden muss.

Unterschätzt die Politik die „Pflegefrage“ beziehungsweise unterschätzt die Politik die Sozialorganisationen?

Sie tut das laufend, weil sie sich der Frage oftmals nur über die Finanzierungsdebatte nähert. Die Politik muss aber vielmehr auch die Nöte und Ängste der Menschen wahrnehmen und verantwortlich handeln. Verteilungs- und Steuerpolitik sind politische Instrumente, die vernünftig und zum Wohle der Gesellschaft eingesetzt werden müssen. Der Umgang mit Krisen ist übrigens eine Kernkompetenz von Sozialorganisationen. Wir haben jede Menge Protestenergie. 10 % aller Beschäftigten im Land arbeiten im Sozial- und Gesundheitsbereich, dazu noch die tausenden Betroffenen selbst und deren Angehörige. Das kann eine schöne soziale Bewegung ergeben, wenn sie erst einmal mobilisiert wird. Die Volkshilfe hat im März die Kampagne „Pflegesicherung jetzt!“ mit einem neuen „kämpferischen“ Sujet gestartet. Das ist der Teil unserer Lobbyarbeit für die Menschen, die wir betreiben, und für die MitarbeiterInnen, die in diesen Arbeitsfeldern Beschäftigung finden. Auf unserer Website können Interessierte alle Forderungen unter www.stmk.volkshilfe.at/Standpunkte abrufen.

Herr Ferner, Danke für das Gespräch!



Franz Ferner: „Die Gründungsidee des Pflegegeldes wurde durch jahrzehntelange Deckelung und Nicht-Anpassung an reale Bedürfnisse ad absurdum geführt. Das Pflegegeld begünstigt inzwischen Schwarzarbeit und deckt sich nicht mehr mit den realen Bedürfnissen der Menschen.“

www.volkshilfe.at

für industrie und banken millionen fix – für die pflege gibt es nix?

Pflegesicherung jetzt!

- schafft Arbeitsplätze
- sichert soziales Kapital in den Regionen
- belebt die Konjunktur
- entlastet die Gemeinden

volkshilfe.

Für eine staatliche Pflegesicherung. Jetzt!

Die Volkshilfe fordert, dass in Österreich – einem der reichsten Länder der Welt – Pflege- und Betreuungsbedürftigkeit von Menschen kein individuelles Risiko sein darf. Allen Menschen muss ausreichend Hilfe und Betreuung durch staatliche und solidarische Leistungen finanziert werden. Nun ist auch die Bundesregierung gefordert, den im Regierungsabkommen festgeschriebenen Pflegefonds schnellstmöglich zu realisieren!

Eine staatliche Pflegesicherung muss

- allen Menschen zugänglich gemacht werden (Bsp. Krankenversicherung).
- solidarisch finanziert sein (unter einer starken Einbeziehung von zweckgebundenen Steuererträgen aus Vermögen und Spekulation).
- einen breiten Leistungskatalog mit verbindlichen Qualitätsstandards anbieten können.
- in ganz Österreich einheitliche, gesetzliche und fachliche Standards und Zugänge zu Dienstleistungen im Bereich von Pflege und Betreuung schaffen.
- Wahlmöglichkeiten für Betroffene bieten.
- ihren Schwerpunkt auf Sachleistungen legen, deren Qualität durch professionelle Strukturen gesichert sein muss.

Die steirische Landesregierung hat auf Initiative des Sozial- und Gesundheitsressorts

- den Regress in der Sozialhilfe (auch Pflegeheime) abgeschafft.
- klare Qualitäts- und Finanzierungsgrundlagen für Pflegeheime eingeführt.
- Betreutes Wohnen ausgebaut.
- Initiativen für Tagesbetreuungsmodelle gesetzt.
- die Rahmenbedingungen der Mobilen Pflege- und Betreuungsdienste verbessert.

Die Zeit ist reif für einen mutigen und in die Zukunft gerichteten großen Wurf in der Sozial- und Gesundheitspolitik. Die Volkshilfe fordert die politischen Parteien auf, endlich den Weg für die Einführung einer österreichweiten, verpflichtenden, staatlichen und solidarisch finanzierten Pflege- und Betreuungsversicherung zu beschreiten.

Investitionen in eine verbindliche Sozial- und Gesundheitspolitik garantieren in Zukunft breiten ökonomischen Wohlstand und sozialen Frieden.